

Thomas Schirmacher • Daniel Suter
Markus Wäfler • Stéphane Derron

Christ und Politik

50 Antworten auf
Fragen und kritische Einwände



idea - Dokumentation 7 / 2005



VKW

Thomas Schirrmacher • Daniel Suter • Markus Wäfler • Stéphane Derron

Christ und Politik

Idea-Dokumentation 7/2005

zugleich

edition pro mundis

Band 14

Thomas Schirrmacher • Daniel Suter • Markus Wäfler • Stéphane Derron

Christ und Politik

50 Antworten auf kritische Einwände

Verlag für Kultur und Wissenschaft
Culture and Science Publication
Bonn 2005

Die Deutsche Bibliothek – CIP

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.ddb.de>.

ideaSpektrum, Pf 1820, 35528 Wetzlar
www.idea.de

Arbeitskreis Politik der Deutschen Evangelischen Allianz,
Esplanade 5-10a, 07422 Bad Blankenburg, www.ead.de

Pro Mundis e.V. – Bonn
c/o Susanne Lux, Ahornweg 3, 53547 Kasbach-Ohlenberg, www.bucer.de

ISBN 3-938116-08-0
ISSN 1430-9068
(edition pro mundis)

Printed in Germany
Umschlaggestaltung und Gesamtherstellung:
BoD Verlagsservice Beese, Friedensallee 76,
22765 Hamburg
www.rvbeese.de / info@rvbeese.de

Verlag für Kultur und Wissenschaft
(Culture and Science Publ.)
Friedrichstr. 38, 53111 Bonn
Fax 0228/9650389
www.vkwonline.de / info@bucer.de

Verlagsauslieferung:
Hänssler Verlag
71087 Holzgerlingen, Tel. 07031/7414-177 Fax -119
www.haenssler.de / info@haenssler.de

Inhalt

Seite

Inhalt	5
Vorwort	7
Was sind Politik und Staat?	5-8
Politik im Neuen Testament?	9-18
Politik oder Gemeinde, Evangelisation, Mission?	19-27
Politik in der Endzeit?	28-34
Sind Politik und Christsein vereinbar?	35-46
Ist christliche Politik möglich?	47-65
Ist christliche Politik etwas für mich und meine Gemeinde?	66-69
Autoren	71

Vorwort

Das Verhältnis der Kirche zum Staat ist schon immer ein heikles Thema gewesen. Christen haben zu allen Zeiten und in den verschiedenen Kulturen unterschiedliche Wege gefunden, wie sie sich zum Staat stellen. Und die politische Ausgangslage konnte und kann bis heute unterschiedlicher nicht sein, von Staaten, die den christlichen Glauben in der Verfassung verankert haben bis zu Staaten, in denen die Bekämpfung des christlichen Glaubens in der Verfassung verankert ist.

Dabei habe ich den Eindruck, dass wir gerade in unseren Tagen noch einmal neu nachdenken müssen. Denn was heißt die Weisung von Jesus „Gebt des Kaisers, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“ in einer Zeit ohne Kaiser, im demokratischen Zeitalter? Die Deutsche Evangelische Allianz hat in einer Stellungnahme 1994 formuliert „Gebt der Demokratie, was der Demokratie entspricht.“ Und das wurde auch zu einer Grundlage dafür, dass sie 2003 einen Arbeitskreis Politik gegründet hat. Denn kein Engagement wäre auch eine Entscheidung.

Also, es gibt viel Grund über dieses Thema offen sprechen. Dieses Buch will nicht neue Kontroversen aufreißen, sondern versuchen, einen Konsens zu formulieren, wie wir uns als Christen politisch betätigen können ohne dabei die grundlegende und unverwechselbare Aufgabe der Kirche von Jesus Christus in Frage zu stellen.

Hier werden konkrete Einwände gegen das christliche Engagement in der Politik von fachlich ausgewiesenen Politikern und Theologen beantwortet. Das Büchlein macht deutlich, dass es viele gute Gründe für ein überzeugtes christlich-politisches Engagement gibt. Die vielen Bibelzitate und Verweisstellen zeigen, dass für Christen politische Mitverantwortung sehr gut in der Bibel verwurzelt ist. Die nach sieben Themenbereichen geordneten und übersichtlich aufgeführten Einwände mit den dazugehörigen Antworten, geben Übersicht und Klarheit.

Hartmut Steeb

Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz

Vorsitzender des Politischen Arbeitskreises der DEA

Der vorliegende Text erschien ursprünglich als Broschüre der Eidgenössischen Demokratischen Union, Kanton Zürich, und ist ihr zum 30. Geburtstag gewidmet. Dankenswerterweise hat die EDU die Genehmigung erteilt, ihren Text für Deutschland zu drucken und dafür zu bearbeiten. Bei der leichten Überarbeitung wurden alle parteipolitischen Bezüge herausgenommen und spezifisch schweizerische Angaben um die entsprechenden deutschen Angaben ergänzt. Die schweizerische Rechtschreibung wurde beibehalten.

Dr. Susanne Lux
2. Vorsitzende, Pro Mundis e. V. (Bonn)

Politik, wie sie hier verstanden wird, ordnet das öffentliche Leben einer Gesellschaft. Alles, was nicht nur mich persönlich, sondern auch die anderen – die Öffentlichkeit oder Allgemeinheit angeht, ist Politik. In der Politik geht es um das gemeinsame Leben, um den Nächsten, um das allgemeine Wohlergehen einer Volksgemeinschaft. In diesem Sinn ist Eigennutz oder Egoismus das Gegenteil von politischem Engagement.

1.

«Was ist überhaupt
Politik?»

Politik geht alle Menschen an, weil sie Teil einer Gemeinschaft und Gottes Geschöpfe sind. Der antike griechische Philosoph Aristoteles nannte den Menschen zu recht ein «politisches Wesen».

**Politik ist all das,
was uns gemeinsam angeht.**

Politik definiert gegenseitige Rechte und Pflichten, die zwischen mir und anderen Einzelpersonen und zwischen mir und der Gemeinschaft bestehen. Auch gegenüber anderen Teilen der Schöpfung (Tiere, Umwelt) bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten. Christliche Politik erweitert dieses Beziehungsverhältnis um eine zusätzliche Dimension: Gott. Aus christlicher Sicht bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten zwischen Gott, Einzelpersonen, der menschlichen Gemeinschaft und der restlichen Schöpfung. Ausgehend von 1Tim 2,2 gibt es zum Beispiel ein Menschenrecht auf ein Leben nach den Ordnungen Gottes. Staatliche Gesetze können dies begünstigen oder behindern.

**Aus christlicher Sicht
bestehen gegenseitige
Rechte und Pflichten
zwischen Gott, Einzel-
personen, der Gesellschaft
und dem Rest der Schöpfung.**

Welche Rechte hat beispielsweise ein Volk gegenüber Gott? Der Schöpfer hat sich unter anderem verpflichtet, für die Lebensgrundlagen seiner Geschöpfe zu sorgen (siehe Apg 14,17, 1Mose 8,22, Ps 104,30). So heisst es, dass er durch sein Wort den Bestand des Weltalls sichert (Hebr 1,3). Würde Gott seinen Lebenshauch zu-

rückhalten, würde alles Leben augenblicklich zu Staub werden (Hiob 34,14f.). Somit darf jedes Volk von Gott die nötigen Lebensgrundlagen wie auch seinen Lebensraum einfordern und sich an ihn um Hilfe wenden, wenn diese von jemandem bedroht werden (siehe auch Apg 17,25-28).

Wasser- und Stromversorgung, Umweltschutz, Straßenverkehr, Schule oder Altersvorsorge sind nur einige Lebensbereiche, die genau so zur Politik gehören wie Steuern, Schutz der Grund- und Freiheitsrechte, Heiraten, Hausbau, öffentliche Sicherheit, Drogenpolitik oder Sterbehilfe. In all diesen Bereichen bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten zwischen Einzelpersonen, der Gesellschaft und dem Rest der Schöpfung. Auch Gott gegenüber bestehen Rechte und Pflichten. Diese gegenseitigen Rechte-und-Pflichten-Verhältnisse möglichst ausgewogen zu formulieren, ist die Aufgabe der Politik. Christliche Politik orientiert sich dabei an den in der Bibel offenbarten Richtlinien, denn ein Volk blüht auf, wenn es Gottes Gesetz befolgt (Spr 29,18).

In der Politik kämpfen unterschiedliche Weltanschauungen und Interessen um Einfluss und Macht. Jeder Politiker hat eine Glaubensüberzeugung. Er orientiert sich an einer Weltanschauung, einer Ideologie. Der christliche Politiker orientiert sich an der biblisch-christlichen Weltanschauung. Die verschiedenen Weltanschauungen haben im Grunde eine religiöse Funktion, denn sie bilden den Bezugsrahmen für die vertretenen Grundwerte.

Die Bibel bestätigt diese Tatsache, wenn sie vom «geistlichen Kampf» spricht, der zwischen dem Reich Gottes und dem Reich der Finsternis tobt (vgl. Eph 6,12; Kol 1,15+16). Da Gott sein Reich in dieser Welt baut (Mt 6,9+10; 28,18), schickt er seine Leute auch in die Politik. Sein befreiender Einfluss und seine gerechte Macht sollen gerade auch dort zunehmend sichtbar werden.

Der Staat ist diejenige gesellschaftliche Institution, die berechtigt und verpflichtet ist, Gerechtigkeit unter Androhung von Strafe und nötigenfalls gewaltsam durchzusetzen. Andere Institutionen wie Kirchen, Hilfswerke, Vereinigungen oder Verbände können an die Menschen appellieren, sich gerecht zu verhalten. Der Staat aber ist auf seinem Hoheitsgebiet mit dem Gewaltmonopol ausgerüstet, das er zur Sicherung und Wiederherstellung von Recht und Ordnung und zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit ausüben muss.

Kurz gesagt, ist der Staat diejenige gesellschaftliche Institution, die dafür sorgt, dass die von der Politik definierten gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen Gott, Einzelpersonen, der Gemeinschaft und der restlichen Schöpfung in Gesetzen verbindlich formuliert und eingehalten werden. Der Staat muss die Einhaltung dieser Gesetze nötigenfalls gewaltsam erzwingen.

Er besteht in unserer Demokratie aus Parlament, Regierung und Gerichten mit den dazugehörigen Verwaltungen. Diese drei Staatsgewalten gibt es auf allen Stufen: Gemeinde, Kanton bzw. Bundesland und Bund. In der schweizerischen Demokratie ist bei Volksabstimmungen auch das Volk an der Gesetzgebung beteiligt.

Der Staat handelt im Auftrag Gottes. Darum ist es richtig, sich für den Staat einzusetzen, aber auch dafür zu sorgen, dass Staat und Gesellschaft Gottes Auftrag kennen und beachten.

Der Staat handelt gemäss Röm 13,1-7 im Auftrag Gottes. Darum kann es nur richtig sein, sich für den Staat einzusetzen, aber auch dafür zu sorgen, dass Staat und Gesellschaft Gottes Auftrag kennen und beachten. Wenn der Staat, und zwar zur Zeit des Apostels Paulus ja ausdrücklich auch der nichtchristliche Staat, «Gottes Diener» ist, dann können ihn die anderen «Diener Christi», nämlich die Gläubigen, nicht ignorieren oder sich selbst überlassen. Im berühmten Kapitel des Apostels Paulus zum Staat heisst es deutlich:

2.

«Was ist der Staat?»

«Jeder ordne sich den übergeordneten Staatsgewalten unter. Denn es ist keine Staatsgewalt vorhanden, wenn sie nicht von Gott kommt, und die existierenden sind von Gott eingesetzt.

Wer sich daher der Staatsgewalt widersetzt, widersteht der Anordnung Gottes.

Diejenigen aber, die widerstehen, werden ein Urteil für sich empfangen.

Denn die Regierenden sind nicht ein Schrecken für das gute Werk, sondern für das böse.

Willst du dich aber vor der Staatsgewalt nicht fürchten (müssen)?

Tue das Gute, und du wirst Lob von ihr erhalten, denn sie ist Gottes Dienerin, dir zum Guten.

Wenn du aber das Böse tust, dann fürchte dich, denn sie trägt das Schwert nicht umsonst, denn sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der das Böse tut.

Darum ist es notwendig, untertan zu sein, nicht nur wegen der Strafe, sondern auch wegen des Gewissens.

Denn deshalb zahlt ihr auch Steuern; denn sie sind Gottes Diener, wenn sie beharrlich darauf bestehen.

Gebt allen, wozu ihr verpflichtet seid: die Steuer, dem die Steuer, den Zoll, dem der Zoll, die Furcht, dem die Furcht, die Ehre, dem die Ehre gebührt.»

(Röm 13,1-7)

Jesus Christus war hochgradig politisch. Seine Lehre hatte eine so grosse Wirkung auf die Gesellschaft, dass sich alle politischen Instanzen mit ihm beschäftigten. An Jesus zeigt sich ganz deutlich, dass das Evangelium eine Kraft ist, welche die gesellschaftliche Ordnung bis heute verändert. Das Evangelium ist die Kraft Gottes, welche die Beziehungen zwischen Einzelpersonen, Gott, der Gemeinschaft und der ganzen Schöpfung neu ordnet. Es beeinflusst grundsätzlich alle Lebensbereiche des Menschen und ist darum höchst politisch.

Zudem hat sich Jesus ganz explizit zu den Regierenden seiner Zeit geäußert. Johannes der Täufer und Jesus waren bereit, König Herodes wegen seiner Amtsführung und seines Lebenswandels öffentlich zu kritisieren und dafür ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Johannes der Täufer ermahnte König Herodes, dass er nach jüdischem Recht seine Frau nicht hätte heiraten dürfen (Begründung: 3Mose 20,16+21), wofür er letztlich sein Leben verlor (Lk 3,19-20; Mt 14,3-5; Mk 6,17-20). Jesus sagte sogar zu jemandem, der ihm mitteilte, dass ihn Herodes töten lassen will: «Gehe hin und sage diesem Fuchs ...» (Lk 13,31-32).

Jesus wandte sich ganz konkret an die Politiker seiner Zeit. Denken wir weiter auch an die Schriftgelehrten und Pharisäer, denen er vorwarf, ungerechte Richter zu sein, die Waisen und Witwen ins Unglück stürzen (Mk 12,40). Die Zöllner verachtete er für ihren Missbrauch des Zollmonopols nicht, wie die Pseudo-Frommen, sondern er half ihnen zurecht: Der Zöllner Levi wurde zum Evangelisten und Zachäus leistete allen Übervorteilten vierfache Wiedergutmachung. Dies sind keine Einzelfälle. In der ganzen heiligen Schrift wird offen und kritisch über private Verfehlungen der Verantwortlichen ebenso gesprochen, wie über ihre ungerechten Gesetze

3.

«Jesus war kein Politiker. Er predigte das Evangelium und heilte Kranke. Darum sollten Christen auch nicht politisieren.»

An Jesus zeigt sich ganz deutlich, dass das Evangelium eine Kraft ist, welche die gesellschaftliche Ordnung bis heute verändert.

oder Handlungen. Und noch mehr: Sie erhalten neue Wertmassstäbe, die auch ihre politische Arbeit entscheidend prägen und zum Wohl vieler Mitmenschen sind. Denn Gott will, dass sich alle Menschen der Wahrheit zuwenden können und gerettet werden (1Tim 2,4).

4.

«Paulus war kein Politiker, sondern Missionar. Somit ist Mission wichtiger als Politik.»

Nichts ist wichtiger als unsere Beziehung zu Gott und die Verkündigung, wie wir Frieden mit Gott bekommen können. Aber von dort her gewinnt alles andere seine Bedeutung. Paulus zeigt in seinen Briefen stets, wie die rechte Beziehung zu Gott zu gerechten Beziehungen zu den Mitmenschen führt.

Mission ist auch wichtiger als Ehe und Familie und trotzdem entsprechen Ehe und Familie ganz dem Willen Gottes. Mission ist wichtiger als Diakonie und trotzdem haben die Apostel in Apg 6 Diakone eingesetzt, damit den Bedürftigen geordnet geholfen werden konnte. Das Reich Gottes ist allemal wichtiger als Essen und Trinken (Röm 14,17) und trotzdem hat uns Gott so geschaffen, dass wir Essen und Trinken geniessen können. Gewiss ist politisches Engagement für Christen nicht verboten, nur weil etwas anderes wichtiger ist.

Die Apostel kamen dauernd in Kontakt mit Politikern, weil sie den Herrschaftsanspruch Jesu auch gegenüber dem Staat vertraten.

Gerade die Geschichte der Apostel zeigt, dass die christliche Mission politisch hoch relevant ist. Nicht umsonst wurden die Apostel von Jerusalem bis Rom immer wieder vor die Machthaber zitiert. Es wurde ihnen vorgeworfen, gegen die Gesetze des Kaisers zu verstossen, indem sie behaupten, «ein anderer sei König, nämlich Jesus» (Apg 17,7).

Das Evangelium verkündet allen Menschen – auch den Politikern – den Herrschaftsanspruch von Jesus Christus. Ihm ist alle Vollmacht im Himmel und auf der Erde übertragen worden (Mt 28,18). Er ist der Fürst über die Könige der Erde (Offb 1,5; 1Tim 6,15), der Vorgesetzte aller Politiker. Ihm sind sie verantwortlich, den Menschen ein Leben nach Gottes Ordnungen zu ermöglichen.

Andererseits können sie von ihm auch alles Nötige für ihr Amt erwarten, wie beispielsweise ein hörendes Herz, gerechtes Urteil, Weisheit, Verstand, Ansehen und ein langes Leben (1Kön 3,9+11-14). Diese frohe Botschaft sollen Christen verkünden und auch praktisch vorleben. «Durch die Rechtschaffenen kommt Segen über die Stadt und baut sie auf» (Spr 11,11).

Es gibt ein Menschenrecht auf ein Leben nach den Ordnungen Gottes. Dafür setzen Christen sich ein.

Paulus traf auf seinen Reisen mit vielen Politikern zusammen, da er immer wieder in öffentliche Tumulte verwickelt oder fälschlich angeklagt wurde. Der gebildete römische Statthalter auf Zypern liess Paulus rufen, weil vielleicht seine Lehre ein Politikum geworden war. Paulus hinterliess den Inselbewohnern einen christlichen Politiker (Apg 13,6-12). «Kommen die Gerechten an die Macht, dann freut sich das Volk» (Spr 29,2).

Im Übrigen hat sich Paulus intensiv vor staatlichen Gerichten für seine und anderer Rechte eingesetzt. Die Apostelgeschichte berichtet uns über weite Strecken von Zusammenstössen der Apostel und Evangelisten mit Gerichten und Richtern und stellt ausführlich deren Verteidigungen vor Gericht dar. Nirgends findet sich eine Andeutung, dass sie besser geschwiegen hätten. Die letzten acht Kapitel der Apostelgeschichte (Apg 21-28) drehen sich fast vollständig um die Gefangennahme des Paulus und seine Verteidigung vor verschiedenen römischen Richtern.

5.

«Das Neue Testament enthält keine Anweisungen für eine politische Tätigkeit. Darum: Hände weg!»

Der Staat ist ausdrücklich nach dem Willen Gottes (Röm 13,1-7; 1Petr 2,13-17) und deswegen ist es selbstverständlich, wenn Christen sich für oder in dieser Schöpfungsordnung engagieren. Genauso wenig wie das Neue Testament Anweisungen gibt für Auto-mechaniker, Informatiker, Gärtner, Sekretärinnen, Krankenschwestern, Geologinnen, Matrosen oder Dolmetscherinnen, so gibt es auch keine spezifischen Anweisungen für politische Berufe wie Parlamentarier, Richterinnen, Steuerkommissäre oder andere Berufe im öffentlichen Sektor. So sind wir frei, diejenigen Berufe und Tätigkeiten zu wählen, mit denen wir Gott und den Menschen am besten dienen können.

Christen sind berufen, ihre Begabungen überall zu Gottes Ehre und zum Nutzen der Menschen einzusetzen.

Über die Hälfte der im Hebräerbrief genannten Glaubenshelden und Vorbilder waren Politiker. Das Neue Testament legt Wert darauf zu zeigen, dass sich der Glaube dieser Männer und Frauen in ganz konkreten politischen Situationen bewährt

hat. Dadurch werden sie uns Christen zu Vorbildern.

Das Neue Testament zeigt deutlich, dass es in unserem Leben vor allem auf moralische Tugenden wie Aufrichtigkeit, Demut, Gottesfurcht, Mut, Klugheit, Geduld, Mässigung, Zuverlässigkeit, Freundlichkeit, Respekt, Hilfsbereitschaft, Fleiss, Fairness und so weiter ankommt. Diese werden in allen möglichen Tätigkeitsbereichen geschätzt – nicht zuletzt in der Politik.

Alles, was das Neue Testament lehrt, ist Gottes Offenbarung für unser Leben. Es lehrt, wie die Menschen vor Gott und in den Beziehungen zu ihren Mitmenschen gerecht leben können. Diese Anleitung zu einem gerechten Leben (2Tim 3,16+17) ist auch für alle politischen Lebensbereiche wegweisend.

Wenn Paulus etwa den Staat für seine Aufgabe als «Diener Gottes» bezeichnet, gilt dies natürlich auch für eine Demokratie. Jesu Interpretation der Zehn Gebote in der Bergpredigt oder die Ethik der Apostel gelten für totalitäre Herrschaften genauso wie für Demokratien. **Gelebte Demokratie ist wahrscheinlich diejenige Staatsform, die dem Menschen als Ebenbild Gottes am meisten entspricht.**

Warum sollte man etwa die biblische Aufforderung, sich für Behinderte einzusetzen, in der demokratischen Gesellschaft nicht vertreten können oder sollen? Sollen wir dies nur im privaten Bereich in die Tat umsetzen? Oder sollen wir nicht auch in der Öffentlichkeit dafür sorgen, dass alle Bürger unseres Landes überzeugt werden, dass Behinderte vollwertige Ebenbilder Gottes sind und Anspruch auf die Solidarität ihrer Mitmenschen haben? Sollen wir nicht auch dafür eintreten, dass dieses christliche Anliegen auch in der Gesetzgebung und staatlichen Praxis verankert wird? Und sollen wir nicht die Menschenwürde auch dort fordern und fördern, wo sie unsere Gesellschaft zurzeit mit Füßen tritt, zum Beispiel, indem behinderte Menschen im Mutterleib mehr und mehr fast automatisch abgetrieben werden?

In einer Demokratie sind *alle* Bürger aufgefordert, sich einzubringen. Also ist es für Christen leichter denn je, ihren Glauben in der politischen Öffentlichkeit zu be-

6.

«Das Neue Testament bietet keine Anleitung für die Politik in einer demokratischen Gesellschaft.»

Das Neue Testament lehrt, wie die Menschen vor Gott und in den Beziehungen zu ihren Mitmenschen gerecht leben können.

zeugen und für Gottes Ordnungen einzutreten. der Prophet Daniel war einsamer Spitzenpolitiker unter ständiger Lebensgefahr und war selbstverständlich der Meinung, dass Gottes Ordnungen Weisungen auch für Babylon von Bedeutung sind. Da sollten wir uns in einer Demokratie herausreden können?

7.

«Viele politisch relevanten Bibelstellen stehen im Alten Testament. Für Christen ist aber das Neue massgebend.»

Grundsätzlich ist das Alte Testament zunächst einmal genauso Gottes Wort wie das Neue. Das Alte Testament war die Bibel Jesu und der Apostel. Auch ist das Alte Testament zunächst gemeint, wenn in 2Tim 3,16+17 die Inspiration der Bibel gelehrt wird und es heisst, dass «die ganze Schrift ... zur Lehre ... und zur Erziehung in der Gerechtigkeit» dient. Andernfalls müsste man ja zwei Drittel der Bibel verwerfen.

Auch muss man unterstreichen, dass alles, was das Neue Testament aus dem Alten direkt übernimmt und zitiert, offensichtlich weiter Bedeutung hat.

Christen lesen das Alte Testament im Licht des Neuen und umgekehrt das Neue auf dem Hintergrund des Alten.

Natürlich lesen Christen das Alte Testament im Licht des Neuen. Genauso gilt, dass das Neue auf dem Hintergrund des Alten zu lesen ist. Unzählige mangelhafte oder gar falsche Auslegungen von neutestamentlichen Stellen entspringen di-

rekt der Unkenntnis oder Ablehnung des Alten Testaments. Als Beispiel kann die Bergpredigt dienen, die das alttestamentliche Moralgesetz nicht aufhebt (Mt 5,17+20!), sondern die missbräuchliche Deutung durch die Schriftgelehrten bekämpft. So fordert Jesus gegen die Pharisäer («Ich aber sage euch ...»), auch im Herzen keinen Ehebruch zu begehen, aber genau das steht schon im zehnten Gebot. Das ist etlichen Auslegern

entgangen, weil die alttestamentliche Gesetzgebung und die rabbinische Lehr- und Rechtspraxis zur Zeit Jesu zu wenig berücksichtigt wird. Siehe auch Nr. 34.

Im Licht des Neuen Testaments kann es nur eine Diskussion darüber geben, welche alttestamentlichen **Gesetzesvorschriften** gültig sind und wie die gültigen den heutigen Verhältnissen angemessen (nach Recht und Billigkeit) angewendet werden können. Denn natürlich gibt es in der Bibel Gebote, die nur für eine bestimmte Zeit gelten. Dazu zählt zum Beispiel die Bestimmung, wie das vom Himmel gefallene Manna eingesammelt werden sollte (2Mose 16,23-30), die natürlich nur so lange galten, wie Manna vom Himmel fiel. Das Verbot, am Sabbat Manna zu sammeln, kann man jedoch als Anwendung des auch heute gültigen Sabbatgebotes verstehen. Siehe auch Nr. 8.

Keine christliche Konfession hat je in Frage gestellt, dass etwa die **Weisheitsliteratur** (z.B. die Bücher Hiob, Prediger, Sprüche mit seinen Anweisungen für Könige) uns nicht mehr betrifft. Die Weisheitsbücher sind eine Sammlung von pädagogisch formulierten Ratschlägen für konkrete persönliche oder politische Situationen, anwendbar für ähnlich gelagerte Fälle. Die Weisheitsliteratur setzt die Gültigkeit des Gesetzes voraus und stellt das Gesetz nicht in Frage. Vielmehr sind das Gesetz und die Gottesfurcht die Grundlagen der Weisheit (Spr 28,9; 29,18; 1,7). «Eine helle Lampe ist das Gebot und die Thora ein Licht, und ein Weg zum Leben sind ihre zurechtbringenden Ermahnungen» (Spr 6,23).

Auch was die **Propheten** zu den Mächtigen und Herrschern ihrer Zeit sagten, wurde nie in Frage gestellt. Die prophetische Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit und den Missständen in der Rechtsprechung basiert auf den von Gott im Moralgesetz offenbarten Massstäben für Recht und Gerechtigkeit.

Auch wurde nie bestritten, dass Josef und Daniel oder andere im Alten Testament, die ihrer Gesellschaft als überzeugte Vertreter der alttestamentlichen Ethik dienten, keine Vorbilder mehr für uns seien.

Kurz zusammengefasst wird das alttestamentliche Moralgesetz in Micha 6,8: «Der Herr hat dich wissen lassen, Mensch, was gut ist und was er von dir erwartet: Halte dich an das Recht, begegne deinem Mitmenschen mit Güte und lebe in Ehrfurcht vor deinem Gott!» Dass dabei Gottes Wort definiert, was Recht, Güte und Ehrfurcht sind, wird selbstverständlich vorausgesetzt. Und dass dies auch heute gilt, wird kaum ein Christ bestreiten wollen.

Auch wer der Meinung ist, dass das alttestamentliche Gesetz für Christen überhaupt nicht mehr gilt, wird vieles davon im Neuen Testament trotzdem wiederfinden, so neun der Zehn Gebote, die ja als Zusammenfassung des alttestamentlichen Moralgesetzes gelten (siehe z.B. Röm 13,8-10). An vielen Stellen wird auch ohne Wiederholung das alttestamentliche Gesetz stillschweigend vorausgesetzt, etwa bei der Verwerfung von Homosexualität und Inzest oder wenn Jesus sagt «Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser zusteht, und Gott, was Gott zusteht».

«Halte dich an das Recht, begegne deinem Mitmenschen mit Güte und lebe in Ehrfurcht vor deinem Gott!»

Die klassische Position zum Gesetz ist jedoch folgende: Schon das Alte Testament unterscheidet zwischen Moralgesetz und Zeremonialgesetz. Das Zeremonialgesetz hat sich in Christus erfüllt (z.B. Opfer, Tempel, Beschneidung). Das Moralgesetz dagegen erfüllt sich, in dem der Heilige Geist in den Gläubigen seine Ordnungen «erfüllt» (Röm 8,3-4).

Das Moralgesetz hat drei Funktionen: die *politische*, die *erzieherische* und die *wegweisende*. Dies wird in einem

bekanntem Merkvers so ausgedrückt: Die Gebote Gottes dienen als Riegel, Spiegel und Regel. Als **Riegel** dienen die Gebote dem Staat als Massstab für gerechte Gesetze und auf diesem Weg als Zwangsmittel zur Eindämmung grober, äusserer Ungerechtigkeiten. Als **Spiegel** dienen die Gebote jedem Menschen zur Selbsterkenntnis. Und als **Regel** geben sie Wegleitung für ein Leben in Verantwortung vor Gott. Siehe auch Nr. 8, Nr. 32 und Nr. 45.

Bei der Frage, welche Bedeutung die politischen und rechtlichen Ordnungen des Alten Testaments für uns haben, muss man unterscheiden, zwischen dem, was gelehrt, und dem, was berichtet wird. Immerhin lebte das jüdische Volk unter Grossfamilien, Stammeshäuptlingen, Richtern, jüdischen Königen und schliesslich sogar heidnischen Königen. Dabei ist es für uns heute sehr hilfreich zu beobachten, wie die immer gültigen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit in den jeweiligen Situationen angewandt wurden.

Der Schweizer Theologe Emil Brunner hat die Sicht der Schweizer Reformatoren, aber auch diejenige von Thomas von Aquin oder des Vaters des Pietismus, Philipp Jakob Spener, zusammengefasst, wenn er sagt: «Im Alten Testament kommt in der Tat der Gotteswille im Bereich der Sozialgestaltung zu machtvoller Geltung ... Wir müssen also hinter den einzelnen Gesetzen, Forderungen und Institutionen immer das ihnen zugrunde liegende Grundgesetz, den auch heute und für uns geltenden Imperativ Gottes suchen.» Siehe auch Nr. 7, Nr. 32 und Nr. 45.

8.

«Welche Bedeutung hat denn das Alte Testament für christliche Politik?»

«Das Alte Testament ist eine Fundgrube reicher Belehrung für jede christliche Lehre über die weltliche Gerechtigkeit.»

Emil Brunner

Einige Beispiele für die Übernahme alttestamentlicher Rechtsordnungen seien kurz angeführt:

- **Zwei oder drei Zeugen für die Anklage:** Mt 18,16; Joh 8,17; Hebr 10,28; 1Tim 5,19: «Gegen einen Ältesten nimm keine Klage an, ausser wenn zwei oder drei Zeugen vorhanden sind» (vgl. 5Mose 17,6; 19,15).
- **Todesstrafe:** Paulus akzeptiert das Recht der Todesstrafe durch einen heidnischen Richter, falls er etwas «Todeswürdiges» begangen hat (Apg 25,11).
- **Keine Privatrache,** da die Rache/Strafe dem Staat zusteht: Röm 12,19 + 13,1-7.
- **Kein Ansehen der Person:** Kol 3,25; Eph 6,9; Jak 2,1-12 (1+8-12): «... ohne Ansehen der Person ... Wenn ihr wirklich das königliche Gesetz ‹Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst› nach der Schrift erfüllt, so tut ihr recht. Wenn ihr aber die Person ansieht, so begeht ihr Sünde und werdet vom Gesetz als Übertreter überführt. ... Redet so und handelt so wie solche, die durch das Gesetz der Freiheit gerichtet werden sollen.»
- **Rückerstattung:** Zachäus, staatlicher Zolleintreiber (Lk 19,1-10), erstattet nach alttestamentlichem Gesetz (vgl. 2Mose 22,1) allen von ihm Betrogenen das Geld und eine Entschädigung zurück: «Wenn ich von jemandem durch falsche Anklage etwas abgenommen habe, erstatte ich es vierfach zurück» (Lk 19,8).

Sich in der Politik für **Gerechtigkeit** einzusetzen, ist keine vergängliche Mühe. Gerechtigkeit ist eine Eigenschaft Gottes und somit ewig. Sie gilt als zentraler moralischer Massstab des sozialen Lebens und ist ein menschliches Grundbedürfnis: Ja, aus biblischer Sicht ist Gerechtigkeit ein Menschenrecht (Lk 18,3; Jes 1,17; Ps 82,1-4). Darum legt Gott sehr grossen Wert auf Recht und Gerechtigkeit in den irdischen menschlichen Verhältnissen (5Mose 16,20). «Jage der Gerechtigkeit nach!», mahnt auch der Apostel Paulus (1Tim 6,11).

Nach biblischer Sichtweise sind Rechtsetzen und Rechtsprechen sogar religiöse Tätigkeiten. Denn dadurch soll die menschliche Gemeinschaft an Gottes Gerechtigkeit Anteil haben. Wo immer in dieser Weise Recht geübt wird, ist Gott gegenwärtig (2Chr 19,6). Wo Gerechtigkeit fehlt, werden seine Menschen unterdrückt, missbraucht, verachtet (z.B. Amos 5,7-15). Darum ist ihm Politik nie gleichgültig, denn «Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Übertretung von Gottes Gesetz stürzt es ins Verderbens» (Spr 14,34). Sich hier und jetzt für Gottes Gerechtigkeit in allen Lebensbezügen einsetzen, bringt ewigen Lohn (2Tim 4,8). Aus diesen Gründen ist auch klar, warum der Apostel Paulus die Obrigkeit als «Gottes Dienerin» bezeichnet (Röm 13,4).

Christen wissen, dass diese Schöpfung vergeht. Aber deswegen bleibt sie doch Gottes Schöpfung. Und jeder, der sich in den von Gott geschaffenen Lebensbereichen wie Ehe/Familie, Arbeit/Wirtschaft und Politik/Staat (Röm 13,1) engagiert, handelt nach dem Willen Gottes. Auch die Ehe wird es im Himmel nicht geben, wie Jesus ausdrücklich erklärt (Mt 22,30). Trotzdem bleibt die Ehe eine Schöpfung Gottes in dieser Welt. Wir sollen uns ausdrücklich Schätze im Himmel sammeln (Mt 6,20), aber seit wann heisst das, dass wir nicht mehr

9.

«Politik befasst sich mit irdischen Dingen, Evangelisation, Gemeindebau und Mission aber mit himmlischen. Sollten sich nicht alle Christen für ewige Werte einsetzen, statt für vergängliche?»

Rechtsetzen und Rechtsprechen sind religiöse Tätigkeiten. Dadurch soll die menschliche Gemeinschaft an Gottes Gerechtigkeit Anteil haben.

arbeiten und Geld verdienen müssen? Unser Körper wird diese Welt nicht verlassen und in der zukünftigen Welt erwartet uns ein neuer Körper. Trotzdem ist es Gottes Wille, dass wir unseren Körper hier und jetzt pflegen und uns nicht etwa verstümmeln oder unsere Gesundheit ruinieren.

Angesichts des biblischen Befundes und angesichts des sozialen Engagements, das die Gemeinde Jesu die gesamte Kirchengeschichte hindurch als biblische Aufgabe verstanden und praktiziert hat, ist es erschreckend, wie viele Christen jeden Bezug der Bibel auf soziale oder politische Fragen ablehnen.

Das Interesse an politischen Fragen ist aber nicht unbiblisch, sondern eine unmittelbare Folge der völligen Hingabe an das Werk des Herrn. Wir müssen nicht von dem Interesse an politischen Fragen befreit werden,

sondern von unserem Egoismus und der Sünde. Sie bringen zum einen die sozialen Probleme hervor, zum anderen die soziale Gleichgültigkeit. Und die wiederum verhindert, dass wir uns gegen diese Probleme wenden und Lösungen herbeiführen.

Das Interesse an politischen Fragen ist nicht unbiblisch, sondern eine unmittelbare Folge der völligen Hingabe an das was Gott interessiert: die menschliche Gemeinschaft.

Die Sicht, es gäbe keine göttlichen Ordnungen für die sichtbare Welt, da der Glaube nur das Unsichtbare betreffe und Christen nur die Aufgabe hätten, andere aus dieser sichtbaren Welt heraus zu retten, ist gefährlich und unhaltbar. Die grosse Gefahr für die Rettungsboot- oder Rückzugsmentalität besteht darin, dass ihre Vertreter fraglos weiter in den gegebenen politischen Ordnung leben und arbeiten. Weil sie es nicht wahrhaben wollen, dass Gott klare Weisung für alle Lebensbereiche gegeben hat, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als nach den ortsüblichen Regeln, gemäss dem Zeitgeist zu leben. So geraten sie umso

schlimmer unter die verblendende und bindende Herrschaft des «Fürsten dieser Welt». Wer göttliche Ordnungen für die Gesellschaft ablehnt, muss eben die Ordnungen anderer Götter oder Weltanschauungen akzeptieren.

Gemeindebau ist wichtig. Er hat zum Ziel, die Gemeindeglieder für ihren Dienst für Gott unter den Menschen auszurüsten (Eph 4,12ff.). Biblischen Gemeindeaufbau erkennt man auch daran, dass Gottes Volk fähig ist, wach und geistesgegenwärtig die Weltanschauungen – gerade auch die politischen – an der Wahrheit zu prüfen. «Wir sind dann nicht mehr Kinder, die von jeglicher beliebigen Behauptung umher geworfen werden wie ein Schiff von Wind und Wellen. ... Wir dagegen wollen zu der Wahrheit stehen.» Gegen politische Verführung kann man nicht wachsam genug sein. Mündige Christen können die politischen Entwicklungen wahrnehmen, aus biblischer Perspektive kritisch beurteilen, durchschauen und gegensteuern.

Gemeindebau ist in einem demokratischen Rechtsstaat wesentlich einfacher als in einem totalitären System. Rechtsstaaten fallen aber nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis des grossen Engagements von Generationen von Männern und Frauen, die sich für die Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen. Genauso sind aber auch die totalitären Systeme, wie zum Beispiel das deutsche NS-Regime, das Ergebnis von Tabuisierung der Politik unter Christen. Das führte zu politischer Unkenntnis, Naivität und ideologischer Verblendung mit den bekannten verheerenden Folgen.

Wir dürfen in unserem demokratischen Rechtsstaat ernten, was andere vor uns gesät haben. Unsere Nachkommen werden ernten, was wir gesät haben. Was wird es sein? Darum sollten Christen Gemeinde bauen und politische Rahmenbedingungen christlich prägen.

10.

*«Hat Gemeindebau
nicht Priorität vor
politischer Arbeit?»*

11.

«Gott will das Herz des Einzelnen verändern, nicht die Gesellschaft.»

Wo Gott das Herz eines Einzelnen verändert, werden auch seine Mitmenschen davon berührt. «Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. Auch zündet niemand eine Lampe an, um sie dann unter einen Topf zu stellen» (Mt 5,14f.). Viele einzelne von Gott veränderte Herzen, verändern die Gesellschaft.

Christen sind das Salz in der Gesellschaft, das man trotz geringer Dosierung wahrnimmt. Ihre Aktivität soll die Gesellschaft vor innerer Verderbnis schützen. Gott hat sehr wohl durch den Einzelnen die gesamte Gesellschaft im Visier. Der Gedanke, der Glaube sei etwas ganz Privates und habe keinen Auftrag in der Gesellschaft, ist das Ergebnis eines modernen, aus gottlosen Wurzeln geborenen, überzogenen Individualismus, nicht einer biblischen Erneuerung. Dieser Individualismus der Moderne und nicht die Bibel oder die Geschichte des Pietismus sind dafür verantwortlich, dass sich viele Christen mehr und mehr aus Wirtschaft, Politik, ja auch aus einem einfachen Bezeugen christlicher Werte im Alltag zurückgezogen haben.

Der Missionsbefehl nach Matthäus (Mt 28,18-20) beinhaltet die Aufforderung, alle Menschen, die ganze Gesellschaft «zu Lernenden» (= zu Jüngern) zu machen.

Durch tiefgreifende Evangelisation sollen ganze Völker für die christliche Ethik gewonnen werden.

Dazu gehören einerseits die persönliche Aufforderung zur Umkehr sowie die Taufe des einzelnen Gläubigen auf den Namen des dreieinigen Gottes. Andererseits gehört dazu gleichzeitig, dass wir die biblische Ethik öffentlich bekannt machen,

auch in der Politik. Wie sollen denn die Menschen merken, dass sie gegen Gottes Gebote verstossen, wenn wir sie nicht bekannt machen? Der Vergebung der Sünden muss die Erkenntnis der Sünden vorangehen, und der Erkenntnis die Verkündigung der biblischen Ethik.

Auf diesem Weg sollen gemäss dem Missionsbefehl letztendlich ganze Völker gewonnen werden, so dass ein hoher Prozentsatz von Menschen die christliche Ethik mitträgt oder ihr zumindest nicht widerspricht.

Die Bibel spricht ungezählte Fragen von familiärer, wirtschaftlicher, juristischer, ziviler und organisatorischer Bedeutung an. Sie spricht über Erbschaft, Erziehung, Armenfürsorge, Schulden, Inflation, Gehälter, Steuern, Prostitution, Kidnapping, Grundstücksgrenzen, Wiedergutmachung, Richter, Könige, Bestechung, Militärausgaben, Selbstverteidigung, Bewahrung der Schöpfung, Meineid, Abtreibung, Gewinn, Altenfürsorge, Schutz der Blinden und Tauben und vieles andere mehr. Ja, die meisten Sünden, die das Neue Testament ausdrücklich nennt, sind soziale Sünden. Und all das sollte nur den Einzelnen angehen? Ich betone nur, denn natürlich beginnt jede christliche Ethik und jede Veränderung beim Einzelnen und in seinem Leben. Siehe auch Nr. 12, Nr. 14 und Nr. 19

Ohne Zweifel gilt: «Was nützt es dem Menschen, dass er die ganze Welt gewinnt und nimmt doch an seiner Seele Schaden» (Mt 16,26 = Mk 8,36). Wer den Schaden für seine Seele ein für alle Mal abgewendet hat, wird sich gerade darum für seine Mitmenschen einsetzen, auch politisch. Von Gott gerettete Menschen verbreiten Rettung, selbst in der Politik: «Durch die Rechtsschaffenen kommt Segen über die Stadt und baut sie auf» (Spr 11,11).

Auch wenn das persönliche Heil das erste und vorrangige Ziel des Glaubens ist (1Petr 1,9; Röm 5,1; 2Tim 3,14-15), bedeutet dies nicht, dass es keine weiterge-

12.

*«Gott will die Seele
der Menschen
retten und nicht
hr politisches
System.»*

henden Ziele geben dürfe. Die Sache verhält sich vielmehr umgekehrt: Alle weitergehenden Ziele gewinnen von hier her ihre Bedeutung.

Ausserdem ist die persönliche Umkehr zu Gott nicht Endpunkt, sondern Ausgangspunkt einer persönlichen Erneuerung und einer Erneuerung von Familie, Kirche, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, sollen doch alle Menschen zu Jüngern werden. Der Missionsbefehl schliesst die Vermittlung der ganzen biblischen Ethik ein. Der deutsche Missionswissenschaftler Gustav Warneck schreibt, dass der Missionsbefehl nicht mit der Bekehrung erfüllt ist. Die Hauptaufgabe der Mission bestehe darin, dass sie den Getauften praktische Anweisung gibt, die Konsequenzen des christlichen Glaubens in ihrem alltäglichen Leben zu ziehen. Siehe auch Nr. 11 und 14.

Die persönliche Umkehr zu Gott ist nicht Endpunkt, sondern Ausgangspunkt einer persönlichen und gesellschaftlichen Erneuerung.

Deswegen sind alle Versuche abzulehnen, die Bibel und das Gesetz Gottes ausschliesslich als Weisungen für den Einzelnen zu verstehen. Natürlich beginnt Veränderung immer beim Einzelnen. Aber die Bibel ist so durchdrungen von Schöpfungsordnungen für das gemeinsame Leben der Menschen,

dass der Versuch, aus dem biblischen Gesetz im Alten und Neuen Testament ausschliesslich für den Privatbereich gültige Gebote herauszudestillieren, der Aufhebung des Gesetzes gleichkommt.

Dass die Gesellschaft und die Beziehung zu anderen im Mittelpunkt der Ethik stehen, es also nicht nur um persönliches Verhalten, sondern auch um die Beziehungen untereinander im Grossen wie im Kleinen geht, gilt nicht nur für das Alte Testament. Bei der folgenden Zu-

sammenstellung muss man sich beständig fragen, wie man diese Themen und Lebensbereiche als rein persönliche Angelegenheiten erfassen will:

- **Ehemänner und Ehefrauen** (Eph 5,22-33; Kol 3,18-19; 1Thess 4,3-8; Hebr 13,4; 1Petr 3,1-7)
- **Eltern und Kinder** (Eph 6,1-4; Kol 3,20.21),
- **Sklaven und Herren** (Eph 6,5-9; Kol 4,1; 1Tim 6,3; 1Petr 2,18-21)
- **Abhängigkeit von anderen** (2Thess 3,6-13),
- **allgemeine Beziehung zu anderen** (Mt 5,43-48; 7,1-5; Röm 12,9-21; 14,13-23; 15,1-6; 2Kor 6,3-10, Tit 3,1-3+8-11; Jak 5,1-6; 1Petr 4,7-11; 1Joh 3,10)
- **staatliche Autoritäten** (Röm 13,1-7; Tit 3,1; 1Petr 2,13-17, Apg 5,29)
- **religiöse Autoritäten** (Hebr 13,17),
- **Unmoral** (Mt 5,27-28; Röm 13,1-4; 1Kor 5,1-2; Hebr 13,4; 1Petr 4,1-6)
- **Ehe und Scheidung** (Mt 5,31-32; Mk 10,1-16; 1Kor 7,1-40)
- **Gerüchte** (Jak 3,1-12),
- **Reichtum** (Mk 10,17-45; 1Tim 6,10; Jak 5,1-3)
- **das Gewissen anderer** (Röm 14,1-4; 1Kor 8,1-13)

13.

*«Ich bete für die
Obrigkeit. Ist das
nicht genug?»*

Es wäre genug, wenn der Obrigkeit gleichzeitig das Wort Gottes verkündigt würde. Denn Jesus und Paulus – gar nicht zu reden von den Propheten des Alten Testaments – haben unerschrocken den politischen Führern ihrer Zeit sowohl persönlich als auch öffentlich das Evangelium verkündigt und sie an Gottes ethische Massstäbe erinnert. Als Christen beten wir eben nicht nur für die Errettung der Politiker (1Tim 2,1-4), sondern tun auch etwas dafür!

Wer das Fürbittegebet für die Obrigkeit wirklich ernst nimmt, kann nicht abseits stehen, wenn Gott Menschen sucht, um politische Verhältnisse und Rahmenbedingungen nach seinem Willen zu verändern. Es ist nicht damit getan, nur zu jammern, es gehe in unserem Land zu und her, wie es dem Teufel am besten gefalle, aber nicht Hand anzulegen, wenn Kandidaten in ein politisches Amt, welches mit Arbeit verbunden ist, gesucht werden.

**Wer das Fürbittegebet für die
Obrigkeit ernst nimmt, kann
nicht abseits stehen, wenn
Gott Menschen sucht, um
politische Verhältnisse zu
verändern.**

Beten ist immer unersetzlich, aber es darf nie zur Ausrede werden, nichts zu tun. Josua wird etwa von Gott gerügt, weil er betete statt etwas gegen die Sünde zu unternehmen (Jos 7,10). Wer für die Obrigkeit nur betet, wie man um schönes Wetter betet, aber nichts für die Erhörung seiner Gebete tut, ist ein Heuchler, sagte

der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli. Siehe auch Nr. 50 und Nr. 51.

Gerade der Missionsbefehl schliesst politische Arbeit ein. Die persönliche Umkehr zu Gott ist der Ausgangspunkt einer Erneuerung, die in Familie, Kirche, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wirksam wird. Der Missionsbefehl beabsichtigt die Durchdringung einer ganzen Gesellschaft mit der ganzen Bandbreite der biblischen Ethik. Ein christlicher Politiker ist immer auch ein Missionar, der einfühlsam den persönlichen Nöten seiner Mitmenschen begegnet.

Die Hauptaufgabe der Mission besteht darin, den Getauften praktische Anweisung für ihr alltägliches Leben zu geben. John Warwick Montgomery schreibt: «Wenn jemand weiss, was das Christentum wirklich ist, weiss er auch automatisch und per Definition, dass es von seinen Anhängern erwartet, aktiv sozialen Übeln zu widerstehen und Anstrengungen zu unternehmen, menschliche Not zu lindern.» Und C. H. Dodd fügt hinzu: «Die christliche Religion ist, wie das Judentum ..., eine ethische Religion in dem besonderen Sinne, dass sie keine letzte Trennung zwischen Gottesdienst und sozialem Verhalten anerkennt.»

Wenn Jesus seine Jünger auffordert: «und lehrt sie, alles zu bewahren [oder: halten], was ich euch befohlen habe» (Mt 28,19), so endet der Missionsbefehl mit der Aufforderung, den Völkern die gesamte Bandbreite der biblischen Ethik zu vermitteln. Dadurch werden der Einzelne, sein Alltag und seine Umwelt ebenso verändert wie auf Dauer sündige Strukturen und sichtbare Ungerechtigkeit. Günter Bornkamm hat darüber hinaus gezeigt, dass Jesus hier mit dem Befohlenen bzw. Gebotenen nicht etwas Neues gemeint hat, sondern das Liebesgebot und die Thora, die Gebote Gottes. Siehe auch Nr. 11, Nr. 12 und Nr. 19.

14.

«Jesus hat uns den Missionsbefehl gegeben. Da bleibt mir keine Zeit zum Politisieren.»

Die persönliche Umkehr zu Gott ist der Ausgangspunkt einer Erneuerung, die auch in der Politik wirksam wird.

15.

«Paulus sagt, dass wir in den letzten Tagen leben (1Tim 4,1; 2Tim 3,1). Es bleibt uns also nur noch eine ganz kurze Zeit für Evangelisation, Gemeindebau und Mission. Zeit, Kraft und Finanzen für politische Arbeit zu vergeuden ist in der endzeitlichen Perspektive unverantwortlich.»

Die Bibel lehrt keine Prioritätenordnung für die letzten Tage. Vielmehr heisst es: «Du aber bleibe bei dem, was du gelernt hast» (2Tim 3,14f.), nämlich bei den Lehren der Heiligen Schrift. Eine der dramatischsten Beschreibungen der «schweren Zeiten» der «letzten Tage» liefert Paulus angesichts seines eigenen bevorstehenden Todes in 2Tim 3,1-4,8. Wir wollen an dieser Stelle nicht diskutieren, wieso Timotheus zum konkreten Handeln in diesen schweren Zeiten aufgefordert werden konnte, wenn diese für ihn in der fernen Zukunft lagen. Für das gegenwärtige Anliegen wollen wir einmal davon ausgehen, dass hier die letzte Zeit der Weltgeschichte beschrieben wird.

Es heisst, dass die Menschen selbstüchtig, verleumderisch und betrügerisch sein werden, dass sie sich gegenseitig sexuell verführen usw. Welchen Schluss zieht Paulus aus alledem? «Du aber bleibe bei dem, was du gelernt hast». Anstehende schlimme Zeiten ändern rein gar nichts am Auftrag, wie er seit eh und je für Jünger Jesu besteht: «Verkünde den Menschen die Botschaft Gottes, gleichgültig, ob es ihnen passt oder nicht! Rede ihnen ins Gewissen, weise sie zurecht und ermutige sie! Werde nicht müde, ihnen den rechten Weg zu zeigen» (2Tim 4,2).

Anstehende schlimme Zeiten ändern rein gar nichts am Auftrag, wie er seit eh und je für Jünger Jesu besteht.

Die «Botschaft Gottes» und der «rechte Weg» verweisen auf die biblische Lehre (3,16) und vor allem auf die Ethik (3,17). Um «zu jedem guten Werk ausgebildet zu sein» und «ein Mensch Gottes zu sein», braucht man keine speziellen Kenntnisse

über die Zukunft, sondern die Bibel und ihre Ethik. Die Verkündigung des «rechten Weges», der biblischen Ethik für alle Menschen, beschränkt sich nicht auf die persönliche Evangelisation oder den Gottesdienst, sie kann und soll auch in der Politik geschehen. Genauso endet auch der Missionsbefehl Jesu: «und lehrt sie alles

zu halten, was ich euch geboten habe; denn siehe, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung des Zeitalters» (Mt 28,20). Jesu Ethik genügt – von der Kreuzigung bis zum Ende der Welt.

Über Evangelisation heisst es in Mt 24: «Das Evangelium von der Herrschaft Gottes wird in der ganzen Welt verkündet werden. Alle Völker sollen es hören. Danach erst kommt das Ende.» Evangelisation ist nicht dringlicher, weil die grosse Trübsal bevorstehen würde. Es ist genau umgekehrt: Der Missionsbefehl wird auf jeden Fall vollumfänglich erfüllt; dann erst wird der Weg frei für das Ende.

Aus biblischer Perspektive gehen wir nicht der grossen Trübsal entgegen, sondern der sich in aller Welt ausbreitenden Herrschaft Gottes. Was mit Jesus und den Aposteln klein begann, wächst seither kontinuierlich heran wie ein Senfkorn, das schliesslich alle anderen Gartengewächse überragt (Mt 13,31+32).

Auch geht es nicht um Evangelisation kontra Politik. Unser Auftrag beinhaltet beides: Evangelisation und Politik im Sinne von Dienst an unseren Mitmenschen. Wahrer Glaube zeigt sich an praktischen Werken der Nächstenliebe.

Überdies ist zu beachten, dass Jesus im Zusammenhang mit der grossen Trübsal von einem lokalen Ereignis in Judäa sprach, das seine damaligen Hörer anging («diese Generation» Mt 23,36; 24,34): *Sie* sollen in die Berge fliehen. Das haben die jüdischen Christen im Jahr 68 auch tatsächlich und buchstäblich getan. Darum kamen sie bei der Belagerung und Zerstörung Jerusalems von 67-70 nicht ums Leben, als über eine Million Juden umkamen.

16.

«Die Bibel sagt, dass es immer schneller immer schlimmer werden wird, denn die grosse Trübsal steht kurz bevor (Mt 24). Ist da Evangelisation nicht viel wichtiger?»

17.

«Jesus sagt: *«Ich komme bald»*

(Offb 3,11; 22,7+12+20).

Darum kann sich seine Wiederkunft jeden Moment ereignen. Christen sollten sich auf Jesu Kommen vorbereiten und sich nicht in weltlichen Angelegenheiten verstricken.»

Eine Tätigkeit ist nicht deshalb weltlich, weil sie in der Welt geschieht – wo sollte sie auch sonst geschehen! Eine Tätigkeit ist dann weltlich, wenn sie nach weltlichen Massstäben getan wird, egal ob sie in der christlichen Gemeinde, in der Familie, in der Wirtschaft oder in der Politik ausgeübt wird (Röm 12,1f.).

Ob Jesus demnächst wiederkommt oder sich seine Wiederkunft verzögert: Christen sollen jeden Tag treu ihrer Arbeit nachgehen. Ein Christ ist dann am besten vorbereitet, Jesus zu begegnen, wenn er so an der Arbeit ist, wie sie ihm von Jesus aufgetragen wurde (Lk 12,37+47f.)! Zum Beispiel auch, indem er in einem politischen Gremium, wie Parlament, Gemeinderat oder Schulpflege, als sachverständiger, aufrichtiger, fröhlicher, gottesfürchtiger, friedfertiger und arbeitssamer Christ auffällt.

Ob Jesus demnächst wiederkommt oder sich seine Wiederkunft verzögert: Christen sollen jeden Tag treu ihrer Arbeit nachgehen.

Die Ankündigungen über sein baldiges Kommen sagte Jesus Christus zum Beispiel der christlichen Gemeinde von Philadelphia im ersten Jahrhundert. Er sagt dabei nicht, sie sollten etwas anderes tun als bisher. Im Gegenteil ermahnt er sie: Macht weiter so!

Vielleicht wäre es auch angebracht, sich zu vergegenwärtigen, dass das Buch der Offenbarung zuerst einmal eine Botschaft Jesu an die in Kapitel 2 und 3 erwähnten Gemeinden sind. Was sagte Jesus zu ihnen für ihre unmittelbare Situation und was können wir – 2000 Jahre später – daraus lernen?

Christliche Politik setzt sich für gerechte Ordnungen, nicht für bestimmte politische Systeme ein. Der Staat hat von Gott den Auftrag, laufend für Gerechtigkeit zu sorgen, unabhängig davon, ob bald die grosse Trübsal, das Tausendjährige Reich oder die Erfüllung des Missionsauftrages bevorsteht.

Wir leben im «Jetzt» und den aktuellen politischen Verhältnissen. Christen und ihre Gemeinden sollten für ihre wichtige Tätigkeit alles Interesse an geordneten und stabilen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben. Das kann man leicht vergessen, wenn es einem Land längere Zeit gut gegangen ist. Vielleicht würde es helfen, einen Blick über den Teller- rand zu wagen, wo christliche Gemeinden in verarmten, korrupten Ländern mit chaotischen, anarchistischen oder totalitären politischen Verhältnissen und unter permanenter Verfolgung leben und arbeiten müssen. Die vergleichsweise stabilen und rechtsstaatlichen Verhältnisse, die Freiheitsrechte sowie der Wohlstand für die Allermeisten in unserem Land sind das Resultat der Umsetzung von christlichen Werten.

Die Geschichte des Reiches Gottes beginnt mit dem Aussäen des guten Samens auf das Ackerfeld der Welt durch Jesus Christus (Mt 13,24-30 und 36-43). Aus dem guten Samen wachsen «die Kinder des Reiches». Gleichzeitig sät der Teufel seine böse Saat, aus der die «Kinder des Bösen» stammen. Das Böse reift aus und wird immer offensichtlicher, **aber das Gute erst recht**. Wessen Ernte wird grösser sein: Gottes oder des Teufels?

Wann ist die Geschichte des Reiches Gottes auf Erden nach diesem Gleichnis zu Ende? Wann wird Jesus, der «Sohn des Menschen», die Gerechten leuchten lassen

18.

«Die politischen Systeme werden beim baldigen Kommen Jesu zur Aufrichtung des Tausendjährigen Reiches sowieso vergehen. Warum sich also noch bemühen, etwas Vergängliches zu erhalten?»

Hier und heute leiden Menschen, geschieht Unrecht. Wegschauen und Nichtstun ist alles andere als Nächstenliebe.

und die «Gesetzlosen» «zusammensammeln» und bestrafen? Am Ende der Geschichte dieser Erde zur Zeit des Jüngsten Gerichtes.

Solange das Reich Gottes wächst und die «Kinder des Reiches» zunehmen und wachsen, ist auch die Stunde des Bösen noch nicht zu Ende. Ein Christ, der immer nur auf das Wachstum des Bösen starrt, übersieht, dass das Böse nur wachsen darf, damit das Wachstum des Guten nicht behindert oder unmöglich gemacht wird.

Das Wachstum und der letztendliche Erfolg des Reiches Gottes schliesst das Leiden der Gemeinde Jesu nicht aus, sondern ein. Gerade in Gleichnis vom Unkraut und Weizen (Mt 13,24-30; 36-43), macht Jesus deutlich, dass nicht nur das Reich Gottes, sondern auch das Böse ausreift. Dennoch lässt er das Unkraut nur deswegen stehen, weil der Weizen am Wachsen ist. Das Böse darf nur ausreifen, weil Gott auch seine Gemeinde wachsen und reifen lässt. Wäre die Gemeinde Jesu nicht in der Welt, käme sofort das endgültige Gericht über diese Erde (vgl. 1Mose 18,22-23).

19.

«Sollten wir nicht darauf warten, dass Jesus das Tausendjährige Friedensreich aufrichtet, und in der Zwischenzeit den Missionsbefehl ausführen?»

Jesus wird seine Aufgabe zu seiner Zeit tun – kümmern wir uns um die unsrige (Apg 1,7+8)! Was sagt Jesus im Missionsbefehl? Wir sind beauftragt, alle Völker zu Jüngern zu machen (Mt 28,18-20). Dazu gehören die Verkündigung des Evangeliums und die Belehrung über alle Lebensbereiche, angefangen mit der persönlichen Beziehung zu Gott über Ehe, Familie, Erziehung bis zu Arbeit, Gesellschaftsethik, Recht und Politik.

Diesen Lehrauftrag allen Völkern gegenüber sollen wir auch in unserem eigenen Volk ausüben, auch in der Politik. Dabei kommt es vor – und ist durchaus beabsichtigt! – dass Politiker zum persönlichen Glauben an Jesus Christus kommen und ganz konsequent eine

christliche Politik verfolgen. Andere werden Teile der christlichen Ethik übernehmen, weil sie ihnen einleuchten und sich bewähren. Wieder andere lehnen die biblisch-ethischen Werte grundsätzlich ab.

In den Anfängen der Weltmission gehörte zum Beispiel das Eintreten für die Menschenrechte anderer zum Missionsalltag. Die christliche Mission hat in vielen Teilen der Welt aktiv die Entstehung und Entwicklung der Menschenrechte gefördert. Viele Gerichtsgrundsätze des Alten Testaments haben weltweit ihre Spuren hinterlassen und auch unser Rechtssystem tief und nachhaltig geprägt. Damit ist unser Auftrag noch nicht erfüllt. Es heisst, wir sollen die Völker «halten lehren». Wir sollen dafür sorgen, dass die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit dauerhaft angewendet werden, denn durch Gerechtigkeit wird Friede entstehen. Gerechtigkeit und Friede sind im Alten wie im Neuen Testament als Begriffspaar oft zusammen anzutreffen (z. B. Ps 72,3+7; 85,11; Jes 32,17; 48,18; 60,17; Röm 14,17; Jak 3,18; Hebr 12,11). Gerechtigkeit bringt Frieden hervor, Ungerechtigkeit Unfrieden. «Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein» (Jes 32,17). Siehe auch Nr. 12 und Nr. 14.

Christliche Mission hat einen Lehrauftrag allen Menschen gegenüber und umfasst alle Lebensbereiche, auch das gemeinsame Leben.

Es ist sicher, dass Himmel und Erde vergehen (Lk 21,33) und Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schafft, in denen Gerechtigkeit wohnt (2Petr 3,13). Sollen darum die Christen jetzt aufhören zu arbeiten, zu heiraten, Kinder zu erziehen, sich für Gerechtigkeit einzusetzen? Nirgendwo in der Bibel wird diese Schlussfolgerung gezogen. Gott sagt: «Wenn ich einem Menschen, der mich verachtet, den Untergang androhe, und er wendet sich ab von dem, was er bisher getan hat, wenn er nun für Recht und Gerechtigkeit eintritt, sei-

20.

«Die Welt ist ein sinkendes Schiff. Statt auf der Titanic Tafelsilber zu polieren (politisch tätig zu sein) sollten die Christen Seelen retten.»

nem Schuldner das Pfand zurückgibt, erstattet, was er gestohlen hat, und kein Unrecht mehr begeht, sondern die Gebote befolgt, die zum Leben führen – dann muss er nicht umkommen. ... Weil er nun für Recht und Gerechtigkeit eintritt, wird er am Leben bleiben» (Hes 33,14-16). Die Umkehr zu Gott erweist sich daran, dass man für Recht und Gerechtigkeit eintritt. Es ist unser Auftrag zu dieser Umkehr und zu entsprechendem Handeln aufzurufen und es vorzuleben. ***Gemäss Gottes Verheissung kann dadurch der scheinbar unvermeidliche Untergang abgewendet werden.*** Wir sollten dieses Angebot nicht durch Untätigkeit im politischen Bereich ausschlagen! Wir würden für das Sinken des Schiffes mitverantwortlich.

Eine vom Untergang bedrohte Gesellschaft hat das Recht auf christliche Politiker, welche die Lehren von Jesus Christus mit Wort und Tat bezeugen.

Christliche politische Tätigkeit in einem Staat in Seenot bedeutet: praktisch, handfest anpacken und den Menschen dort helfen, wo die Not am grössten ist, sowie zu Gott um Rettung beten. Es gibt kein biblisches Beispiel, das zeigen würde, dass Evangelisieren praktische Taten zur Linderung von Not und Un-

gerechtigkeit ersetzen könnte. Im Gegenteil: Evangelisieren heisst die gute Botschaft reden und leben, wie Jesus und die Apostel es uns vorgemacht haben.

Es heisst, dass niemand einen Ochsen, der in ein Brunnenloch gefallen ist, am Ruhetag nicht herausziehen würde, mit der Ausrede, es wäre geistlicher, am Ruhetag nicht zu arbeiten (Lk 14,5). Wenn ein leidendes Tier das Recht auf Hilfe hat, wie viel mehr hat eine vom Untergang bedrohte Gesellschaft das Recht auf christliche Politiker, welche die Lehren von Jesus Christus mit Wort und Tat bezeugen (vgl. 2Mose 23,4-9). – Der scheinbar unvermeidliche Untergang kann nochmals abgewendet werden.

Gemeindeaufbau und Politik sind beides sehr vielschichtige und anspruchsvolle Tätigkeiten. Sollte man darum damit aufhören? Zudem gibt es weltweit mehr aus neutestamentlicher Sicht defekte als geistlich intakte Kirchgemeinden. Ich möchte hier die Katholische Kirche mit ihren 1 Milliarde Mitgliedern oder die vielen namenschristlichen protestantischen Grosskirchen nicht im Einzelnen be- oder verurteilen, aber Fakt ist, dass sie die Mehrheit der örtlichen Gemeinden stellen und die meisten von ihnen aus biblischer Sicht schwerwiegende Mängel aufweisen. Und dass auch bei Freikirchen und unabhängigen Gemeinden nicht alles Gold ist, was glänzt, ist unbestritten.

Im Übrigen gab es auch in neutestamentlicher Zeit schon äusserst problematische Gemeinden (z. B. Korinth oder die sieben Gemeinden in Kleinasien, an die die Sendschreiben gerichtet sind, Offb 2-3). Trotz der Schwierigkeiten und Mängel lehnen wir es deswegen nicht ab, Gemeinde zu pflegen und zu gründen. Warum nicht? Die Gemeinde weltweit und vor Ort ist eine Schöpfung Gottes (Eph 1,22-23; vgl. 2,10). Gott schuf und will diese soziale Institution und das heisst auch, dass eine christliche Gemeinde mehr ist als nur etliche privat an Gott Gläubige, die etwas zusammen unternehmen: Es ist Gottes Gemeinde, sein Volk.

Genau so wie die Gemeinde eine von Gott geschaffene Einrichtung ist, ist es auch der Staat: Er ist sein Diener. Die Komplexität der Aufgabe darf uns auch in diesem Fall nicht abhalten, Hand anzulegen. So wie Gott uns hilft Gemeindebau zu betreiben, hilft er uns auch in der Politik.

21.

«Politik ist viel zu komplex und zu korrupt. Ich betätige mich viel lieber in der Gemeindearbeit.»

22.

«In der Politik herrscht Lug und Trug, Korruption, Machtstreben, Selbstdarstellung, Ehrsucht, Geldgier. Christen sollten sich von solchen Dingen fernhalten.»

Nicht die Politik meiden, sondern in der Politik scheinen, lautet das Motto: Erweist euch als Kinder Gottes inmitten einer verdorbenen und verwirrten Generation unter der ihr leuchtet, wie die Sterne am nächtlichen Himmel, steht in Phil 2,15. Die Position der Sterne am nächtlichen Himmel ermöglicht Orientierung. Genauso wirken Christen, die ihre Position öffentlich bekannt machen: An ihnen kann man sich orientieren. Politisch stumme Christen sind wie erloschene Sterne.

Ohne Zweifel sollen sich Christen nie an Lug und Trug, Machtstreben und so weiter beteiligen. Ist es möglich, in einer solchen Umgebung nicht selber korrupt oder geldgierig zu werden? «Gott ist es, der in euch das Wollen und Vollbringen bewirkt, noch über euren guten Willen hinaus» (Phil 2,13).

Nicht die Politik meiden, sondern in der Politik scheinen. Politisch stumme Christen sind wie erloschene Sterne.

Kein Wunder, dass die Politik ein «schmutziges» Geschäft ist, wenn sie sich nicht um Gottes Maßstäbe kümmert und Christen sie durch ihre Passivität oder Naivität darin noch bestärken. Aber selbst eine gute Politik ist ein «schmutziges» Geschäft, weil es die wichtigste Aufgabe der

Politik ist, das Böse und die Verbrechen zu bekämpfen; wahrlich keine angenehme, aber eine nötige Arbeit. Da Gott dem Staat aber diese Autorität gegeben hat, kann sie ebenso unmöglich grundsätzlich falsch und böse sein, wie die elterliche Autorität nicht grundsätzlich schmutzig ist, auch wenn sie von gottlosen Erziehern allzu oft missbraucht wird.

Die moralischen Stolpersteine der Politik können zu Gelegenheiten werden, die biblischen Werte zu bezeugen und zu leben, wie die vielen Beispiele in der Bibel zeigen. **Denn Politik verdirbt nicht den Charakter, sie offenbart ihn.** Wenn sich alle gottesfürchtigen Menschen aus der Politik zurückziehen, müssen sie sich nicht wun-

dern, dass andere in die Politik gehen und ihre Politik durchsetzen.

Politik ist etwas für mündige Christen, die sich nicht scheuen, den weltlichen Massstäben für Macht und Ehre die geistlichen entgegenzusetzen. «Hochmut erniedrigt den Menschen, doch der Demütige kommt zu Ehren» (Spr 29,23). Beispiele wie diejenigen von Mardochai, Daniel oder Josef zeigen, wie Gott politische Macht und Ehre denjenigen zuteilt, die in einer gottlosen Umgebung kompromisslos gottesfürchtig zu leben bereit sind. Denn: «Die Furcht des Herrn ist die Schule der Weisheit, und der Ehre geht Demut voraus» (Spr 15,33; ebenso Spr 18,12).

Übrigens: Machtmenschen gab und gibt es leider auch in der christlichen Gemeinde, wie zum Beispiel Diotrefes, der gerne der Erste sein wollte. Christen, die ihm gefährlich wurden, nahm er nicht in die Gemeinde auf, als wäre es seine private Gemeinde und nicht die Gemeinde Jesu. Und diejenigen, die sich dann für die Abgelehnten einsetzten, schmiss er hinaus. Am Ende blieben nur solche übrig, die ihm nie widersprachen (3Joh 9-10). Trotz solchen Entgleisungen in der christlichen Gemeinde, kommt die grosse Mehrheit der Christen nicht auf die Idee, nichts mehr mit der Gemeinde zu tun haben zu wollen. Sie bleibt eine Idee Gottes, genauso wie Politik und Staat.

Auch gibt es weltweit mehr defekte Ehen und Familien als intakte Ehen und Familien, die verkörpern, was Gott sich dabei gedacht hat. Trotzdem gehen wir nicht davon aus, dass es deswegen keine christliche Ehe oder Familie geben könne und jeder nur für sich privat Christ sein dürfe. Warum? Weil Ehe und Familie eine Schöp-

23.

«Politik ist etwas für Machtmenschen, die weltliche Ehre begehren, aber sicher nichts für Christen.»

Missbrauch schliesst den richtigen Gebrauch nicht aus.

fung Gottes sind (1Mose 2,18-25; Mk 10,6-9). Gott schuf und will diese soziale Institution und das heisst auch, dass eine christliche Ehe mehr ist als nur zwei privat an Gott Gläubige, die zusammenleben. Die Ehe ist ein verbindlicher Bund zwischen den Ehepartnern und mit Gott (Mal 2,14-15).

Dasselbe gilt für die Sexualität. Obwohl sie weltweit wahrscheinlich mehr missbraucht als im Sinne Gottes gebraucht wird, ist es uns von der Bibel untersagt, auf eheliche Sexualität zu verzichten (1Kor 7,1-6), Sexualität grundsätzlich zu verwerfen (1Tim 4,3) oder die Ehe madig zu machen (Hebr 13,4).

Familie, Kirche, Wirtschaft und Staat sind von Gott geschaffene und grundsätzlich gewollte Bewährungsfelder unseres Glaubens.

Wenn es aber an Arbeit/Wirtschaft und Politik/Staat geht, versagt für einige Christen plötzlich diese Logik. Obwohl die Arbeit ebenso wie die Ehe im Paradies von Gott für den Menschen geschaffen wurde und Gottes Verherrlichung dienen soll (Ehe: Eph 5,32; Arbeit: Kol 3,22-23;

Eph 6,6), und obwohl die Bibel eindeutig lehrt, dass Gott den Staat will und eingesetzt hat (Röm 13,1-7; vgl. 1Petr 2,13-17) und obwohl die Heilige Schrift breit davon berichtet, wie Gerechtigkeit in beiden Bereichen aussehen soll und wie sich dort gläubige Menschen in führenden Stellungen bewährt haben (z.B. für den Staat: Josef, Mose, David, Daniel, Zachäus, Kornelius, Kerkermeister von Philippi, ein Bürgermeister von Athen), sagt man, Wirtschaft und Staat seien schmutzige Geschäfte, in denen Christen bestenfalls ihren persönlichen Glauben bewahren können, in denen sie aber keinen grundsätzlichen sozialen – geschweige denn göttlichen – Auftrag hätten.

Aber selbst wenn – wie im Falle der anderen beiden Schöpfungsordnungen Ehe/Familie und Kirche – noch so viele Arbeitsverhältnisse, Wirtschaftsbeziehungen

und Staaten im Argen liegen, kann uns das nicht daran hindern, unseren Auftrag darin zu sehen, bessere wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu erreichen. Wie Familie und Kirche sind Wirtschaft, Staat und Politik nicht Bereiche, in denen wir leider notgedrungen mit anderen zusammenarbeiten müssen, sondern von Gott geschaffene und grundsätzlich gewollte Bewährungsfelder unseres Glaubens.

Gerade weil Christen nicht «von der Welt» sind, können sie dem Zeitgeist mit Gottes Wahrheit entgegenreten. Die Politik braucht dringend Männer und Frauen, die sich nicht den gängigen Ideologien beugen, sondern diese an der biblischen Wahrheit kritisch prüfen und ihre Stimme gegen alle Unwahrheit erheben. Darum bittet Jesus seinen himmlischen Vater für seine Nachfolger: «Ich bitte nicht, dass du sie aus der Welt nimmst, sondern dass du sie vor dem Bösen bewahrst. ...Heilige sie in der Wahrheit; dein Wort ist Wahrheit ... Wie du mich in die Welt gesandt hast, so habe auch ich sie in die Welt gesandt» (Joh 17, 15-18). Christen werden nirgendwo in der Bibel davon dispensiert, sich in der von Gott eingesetzten Institution «Staatsgewalt» verantwortlich und gottesfürchtig zu betätigen.

Der Apostel Paulus fordert die christlichen Gemeinden auf, zuallererst zu beten, und zwar für die politischen Machthaber (1Tim 2,1-4). Gott möchte, dass sie von Irrtümern aller Art errettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. So werden sie befähigt, auch in ihrer politischen Tätigkeit Gutes von Bösem zu unterscheiden. Wenn Gott unser Gebet um gläubige und gottesfürchtige Politiker erhört, wäre es doch ziemlich verfehlt, den zum Glauben gekommenen Politikern zu empfehlen, die Politik zu verlassen. Es ist doch kaum Gottes Absicht, dass gläubige Politiker das Feld möglichst rasch den Atheisten überlassen.

24.

«Christen sind nicht von der Welt (Joh 17,14-16). Politik befasst sich nur mit weltlichen Dingen. Darum sollten sich Christen davon fernhalten.»

25.

«Christen sind Pilger und Fremdlinge in der Welt (1Pe 2,11). Darum sollten sie sich nicht in die politischen Händel dieser Welt einmischen.»

Gäste und Fremde in dieser Welt sein bedeutet für den Apostel Petrus, dass wir unter den Menschen ein einwandfreies Leben führen. Das beinhaltet für Petrus kurz zusammengefasst: «Erweist allen Menschen Ehre, liebt die Brüder, fürchtet Gott, und ehrt den Kaiser» (1Petr 2,17). Christen melden sich aus ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung eben gerade nicht ab. Im Gegenteil: Christen zeichnen sich durch aktive und kritisch-konstruktive Teilnahme am politischen Leben aus christlicher Perspektive aus.

Die Staatsgewalt ist eine von Gott eingesetzte Institution, «um die zu bestrafen, die Böses tun, und die auszuzeichnen, die Gutes tun» (1Petr 2,14). Christliche Politik setzt sich in den politischen Händeln dieser Welt für Gerechtigkeit nach Gottes Massstäben ein. Denn wenn der Apostel Paulus davon ausgeht, dass der Staat das «Gute» zu beschützen habe und das «Böse» strafen müsse, überliess er die Definition von Gut und Böse sicher nicht dem Staat. Gut und Böse versteht Paulus in allen seinen Schriften auf dem Hintergrund der Thora, dem alttestamentlichen Gesetz. Darum auch ist verantwortliche christliche Mitarbeit in der Politik als Parlamentarier, Kommissionsmitglied, Gemeindeglieder, Amtsvormundin, Leiterin der Sozialabteilung oder Polizist ein Dienst für Gott. Denn sie tragen Gottes Massstäbe und Charaktereigenschaften in die Politik.

Christen zeichnen sich durch aktive und kritisch-konstruktive Teilnahme am politischen Leben aus christlicher Perspektive aus.

Christen wissen, dass diese Schöpfung vergeht. Aber deswegen bleibt sie doch Gottes Schöpfung und jeder, der sich in von Gott gewollten Lebensbereichen wie Ehe/Familie, Arbeit/Wirtschaft und Politik/Staat (Röm 13,1) engagiert, handelt nach dem Willen Gottes.

Nicht jede Meinungsverschiedenheit ist eine Spaltung. Gemeinden, die sich wegen politischer Themen spalten, sind viel seltener als solche, die sich wegen der Einstellung zur Bibel, der charismatischen Frage oder der Tauffrage usw. spalten. Wenn wir alles unterlassen würden, was die Gemeinde spaltet, könnten wir nichts mehr tun. Auf keinen Fall dürften wir mehr taufen! Jesus selbst hat von sich gesagt, dass er Familien und Menschen spaltet (Mt 10,34f.). Sollen wir darum nicht mehr von ihm reden?

Viel wichtiger wäre es, dass wir in unseren Gemeinden über Gottes grundlegende Ordnungen und biblische Ethik besser Bescheid wüssten. Dann könnten wir die politischen Ideologien und Forderungen klarer beurteilen. *Wer sich darin übt, wird auch lernen, Grundlegendes, Nebensächliches und Persönliches in der Politik voneinander zu unterscheiden.*

Christen, die sich nicht politisch betätigen, sagen ja zum Gang der Dinge. Wer politische Korruption oder Fehlentscheide bekämpfen oder verhindern will, muss sich politisch engagieren. Mit politischer Enthaltensamkeit verschärft man die Probleme, statt sie zu lösen, und wird mitverantwortlich.

Die moralische Integrität inmitten gottloser Staaten eines Daniel, eines Josef oder auch der Christen gewordenen römischen Offiziere im Neuen Testament war ein leuchtendes Zeugnis und der Beweis dafür, dass Gott will, dass wir mitten in dieser Welt seine Ordnungen bezeugen dürfen und können.

Das Neue Testament gibt gläubigen Beamten seiner Zeit klare und gerechte Vorgaben für das Ausüben ihrer Steuer-, Militär- und Polizeiamter, die sie selbstver-

26.

«Das Thema
«Christ und Politik»
spaltet die
Gemeinde. Das
zeigt, dass sich
Christen davor
hüten sollen.»

27.

«Christen, die sich
politisch betätigen,
machen sich zu
Helfershelfern der
politischen
Korruption, der
Fehlentscheide
usw.»

ständig weiter ausüben sollten. So sagte Johannes der Täufer zu Beamten im Dienst der römischen Besatzung: «Es kamen aber auch Zöllner, um getauft zu werden. Und sie sagten zu ihm: ‹Lehrer, was sollen wir tun?› Er aber sagte zu ihnen: ‹Fordert nicht mehr, als euch bestimmt ist.› Es fragten ihn aber Kriegersleute und sagten: ‹Und was sollen wir tun?› Er sprach aber zu ihnen: ‹Tut niemand Gewalt an, erpresst niemanden und begnügt euch mit eurem Sold›» (Lk 3,12-14; vgl. Lk 7,29). Deswegen gab Zachäus als staatlicher Zolleintreiber nach seiner Umkehr zu Jesus allen von ihm Betrogenen das Geld und eine Entschädigung zurück (Lk 19,1-10): «Wenn ich jemandem durch falsche Anklage etwas abgenommen habe, erstatte ich es vierfach zurück» (Lk 19,8).

Christen beteiligen sich nicht daran, den Staat durch Passivität zu lähmen oder die Demokratie durch politische Enthaltensamkeit auszuhungern.

Wenn Christen den Staat kritisieren, kann dies nie geschehen, um ihn abzuschaffen, sondern nur, um ihn an seine gottgewollte Aufgabe zu erinnern und um ihn zu verbessern. Anarchie ist gegen den ausdrücklichen Willen Gottes. ***Der Staat ist zwar nicht göttlich, aber gottgewollt.*** Christen beteiligen sich nicht an Versuchen, die wahrhaft nicht angenehme Aufgabe des Staates, in Frage zu stellen, zu boykottieren oder durch Passivität zu lähmen und die Demokratie auszuhölen. So haben sie prinzipiell erst einmal eine positive Einstellung zur Polizei oder der Justiz und unterstützen diese im Bekämpfen des Bösen. Gott will tatsächlich, dass böse «Werke» von einer Obrigkeit bestraft werden. Das findet seine Grenze erst, wenn der Staat anfängt, das Gute zu bestrafen oder zum Bösen zu zwingen.

Christen ehren Gott, wenn sie sich nach seinem Willen in der von ihm geschaffenen Institution «Staatsgewalt» engagieren. Gott verspricht ihnen sogar die Anerkennung des Volkes für ihre politische Arbeit: «Kommen die Gerechten an die Macht, dann freut sich das Volk» (Spr 29,2). Christliche Gemeinden profitieren in der Schweiz enorm von Abmachungen und Regelungen, welche christliche und weniger christliche Politiker für unser Land erarbeitet haben. Ein Grund mehr, selbst aktiv mitzuwirken.

Politik ist nicht fremdes Territorium für einen Christen. Denn der Staat ist genauso eine von Gott geschaffene Schöpfungsordnung wie die Kirche. Gott hat uns das ausdrückliche Gebot gegeben, uns dem Staat ein- und unterzuordnen (Röm 13,1; 1Petr 2,11ff.). Das war aber im Neuen Testament der römische Staat. Von diesem Staat sagte der Apostel Paulus ausdrücklich, dass er «Diener Gottes» ist (Röm 13,4), selbst wenn er Christen wegen böser Taten bestraft. Christen sollen ein reines Gewissen haben. Tun sie aber das Böse, dann ist der Staat Gottes Diener, um auch die Christen rechtmässig zu bestrafen. Der Staat hat keinen Unterschied zwischen Christen und anderen Menschen zu machen. Wenn es kein Ansehen der Person gibt, müssen die Verbrechen und Vergehen von Christen ebenso gerecht und unerbittlich bestraft werden wie die anderer.

Steuerhinterziehung wird nicht besser, wenn man den «Gewinn» in die Mission gibt. Lebensgefährliches Schnellfahren und Falschparken wird nicht besser, weil man auf dem Weg zum Gottesdienst ist. Gewalt gegen den Staat wird nicht besser, weil man ein geistliches Anliegen hat.

Der Staat hat schon deswegen keinen Unterschied zwischen Christen und anderen zu machen, weil er nur die «Werke» (Röm 13,3), also das «Tun», beurteilen soll, nicht etwa die Gesinnung. Denn der Staat hat vor Gericht

28.

*«Christliche
Politiker
diskreditieren
Gott und das
Evangelium,
wenn sie mit
Ungläubigen
gemeinsame Sache
machen.»*

nicht über das Denken oder die Motive, sondern über die konkreten Taten zu Gericht zu sitzen.

Auch die Ehe ist eine Schöpfungsordnung Gottes. Sie ist idealerweise für zwei Menschen gedacht, die an Gott glauben. Ein Christ sollte deswegen keinen Ungläubigen heiraten. Ist er aber trotzdem mit einem Ungläubigen verheiratet, zum Beispiel, weil er selbst erst nach der Heirat Christ wurde, ist seine Ehe voll gültig. Auf dem ungläubigen Ehepartner ruht sogar ein besonderer Segen Gottes, weil er mit einem Gläubigen verheiratet ist (1Kor 7,14)! ***Auf die Schöpfungsordnung Staat übertragen bedeutet dieses Prinzip, dass die Arbeit des Staates durch die Zusammenarbeit von christlichen Politikern mit anderen besonders von Gott gesegnet ist.***

29.

«Partei politik ist eines Christen unwürdig. Einer Partei angehören bringt in der Kirche und in der Gesellschaft Spaltung hervor.»

Für den Zusammenhalt unseres vielfältigen Landes (Sprachen, Regionen, Kulturen, Religionen) ist die Parteitätigkeit von grosser Bedeutung. Denn die Parteien fassen die in der Gesellschaft bestehenden Interessen zusammen und vertreten diese Anliegen in den Behörden. Politische Parteien haben laut Schweizerischer Bundesverfassung (Art. 137) auch den Zweck, «an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mitzuwirken». Das deutsche Gesetz sagt ähnlich: «Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit.» (Art. 21) Überdies sind politische Parteien in einer Demokratie sehr wichtig für das Funktionieren des Staates. Allein für die Besetzung aller Regierungs- und Parlamentssitze auf Bundesebene, in den Kantonen bzw. Bundesländern und Gemeinden rekrutieren die Parteien rund 35.000 Personen in der Schweiz und 150.000 in Deutschland. Hinzu kommen in den Gemeinden Zehntausende von Kommissionssitzen für Schulbehörden, Rechnungsprüfungskommission, Baukommission usw.

Christen sollten unbedingt Gottes Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit öffentlich vertreten, denn «Gerechtigkeit erhöht ein Volk» (Spr 14,34). Macht ohne Recht wird unmenschlich, Recht ohne Macht bleibt unwirksam. Darum ist es eine politische Daueraufgabe gerade auch für Christen, dem Recht zur Macht zu verhelfen und die Macht durch Recht zu bändigen. So sagt Gott: «Verhelft den Wehrlosen und Waisen zu ihrem Recht! Behandelt den Armen und Bedürftigen, wie es ihm zusteht! Reisst sie aus den Klauen ihrer Unterdrücker» (Ps 82,3f.)!

Das Recht ist eine der grundlegendsten Eigenschaften Gottes. Durch die biblische Geschichte und die Gebote, offenbart Gott das Urprinzip des demokratischen Rechtsstaates: Nicht ein Mensch soll über andere Menschen herrschen, sondern das Gesetz. Die Rechtmässigkeit der menschlichen Gesetzgebung (positives Recht) ist direkt davon abhängig, ob sie sich am göttlichen Massstab orientiert. Seine Offenbarung ist ein Schatz göttlicher Gerechtigkeit und Weisheit, auf die kein Rechtsstaat verzichten kann, ohne Schaden zu nehmen (siehe 5Mose 4,5-8).

Recht ist öffentliche Moral. Das Recht fasst denjenigen Teil der Moral zusammen, den der Staat überwachen darf, kann und will. Das Recht umfasst damit nur einen Ausschnitt der Ethik. Aber einen, der das moralische Bewusstsein, vor allem aufgrund des sichtbaren Strafmasses, stark prägt – im Guten wie im Schlechten.

30.

«Christen sollten ihre Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik vertreten.»

Es ist eine politische Daueraufgabe gerade auch für Christen, dem Recht zur Macht zu verhelfen.

31.

*«Es gibt Christen, die links und andere, die rechts politisieren. Das zeigt, dass es **die christliche Politik gar nicht gibt.**»*

Gottes Offenbarung setzt uns einen Rahmen für unser Leben, Denken und Planen, aber sie füllt diesen Rahmen nicht aus. Gott lebt nicht unser Leben, sondern schafft nur die Voraussetzungen dafür. Grundlegende biblische Prinzipien werden uns oft noch an Fallbeispielen illustriert. Aber ansonsten fordert uns die Bibel auf, abzuwägen, nachzudenken, Rat zu suchen und dann die Verantwortung für unseren eigenen Weg zu übernehmen. Das ist auch der Grund, warum grosse Teile des Gesetzes negativ formuliert sind («Du sollst nicht ...»). Gerade das, was viele stört, hat viel mit Freiheit zu tun. Denn das «nicht» setzt die Grenzen fest, ohne die Details vorzuschreiben.

Wir Christen sollen zwar nicht von den Vorstellungen dieser Welt geprägt sein (Röm 12,1-3), sind es aber leider allzu oft. Deswegen spiegeln auch viele Christen die Tagesmeinungen ihrer Gesellschaft wider. Fast alle demokratischen Staaten sind politisch in zwei grosse Lager gespalten und da machen Christen oft keine Aus-

nahme. Tatsächlich sind auch in bestimmten Fragen die christlichen Ziele eher auf der einen oder auf der anderen Seite zu verwirklichen. Das alles ist aber kein Argument dafür, dass es christliche Politik nicht gibt, sondern nur, dass sie nicht im Tagesgeschäft auf der Strasse zu finden ist.

Es ist wichtig, zwischen den Tagesmeinungen einen eigenen dauerhaften ethischen Standpunkt zu gewinnen.

Auch die christlichen Familien spiegeln oft eher antiautoritäre oder autoritäre Modelle unserer Gesellschaft wider. Das heisst aber nicht, dass es die Familie nach dem Willen Gottes nicht gibt, sondern zeigt eher, wie wichtig es ist, zwischen den Tagesmeinungen einen eigenen dauerhaften ethischen Standpunkt zu gewinnen.

Gott ist der Schöpfer aller Menschen und jeder Mensch ist im Ebenbild Gottes geschaffen. Darum gibt es für alle Menschen gültige ethische Richtlinien für ihre gegenseitigen Beziehungsverhältnisse zu Gott, sich selbst, anderen Einzelpersonen, der Gemeinschaft, ja der ganzen Schöpfung. Gott hat die Menschen nicht nur geschaffen und ihnen die Aufgabe gegeben, sich zu vermehren, die Erde zu bevölkern und sie zu bebauen und zu bewahren (1Mose 1,26-31; 2,15). Er hat ihnen auch seine Gebote offenbart, damit sie diese Aufgabe erfolgreich tun können. Dadurch ist ein menschenwürdiges Leben möglich.

Der Mensch lebt primär beziehungsorientiert. Die Beziehungen zwischen Gott, den Einzelmenschen und der Gesellschaft bestehen in einem gegenseitigen Rechte-Pflichten-Verhältnis. Die Bibel offenbart in Geboten, Fallbeispielen und historischen Begebenheiten die Prinzipien dieser Verhältnisse. Die Aufgabe christlicher Politik ist es, diese schöpfungsmässigen Prinzipien in der Bibel zu entdecken und sie auf konkrete heutige gesellschaftspolitische Fragestellungen anzuwenden. Das erlaubt ein Höchstmass an Gerechtigkeit für alle.

Gesetze für bestimmte Personen und bestimmte Zeiten müssen sich erstens aus dem Gesetz Gottes ergeben. Sie sind zweitens nur für den von Gott verliehenen Verantwortungsbereich zulässig. Drittens dürfen sie nie dem Gesetz Gottes widersprechen. Aber das ändert nichts daran, dass die Strassenverkehrsordnung Bestandteil christlicher Ethik ist, auch wenn die Bibel das Autofahren weder kennt noch Ähnliches im Detail regelt.

Der Bundesschluss Gottes mit seinem Volk am Sinai ist das klassische Vorbild für einen demokratischen

32.

«Gibt es aus der Bibel ableitbare ethische Richtlinien, die für alle Menschen und Staaten und nicht nur für die Juden verbindlich sind?»

Der Mensch lebt primär beziehungsorientiert. Damit die Starken nicht auf Kosten der Schwachen leben können, hat Gott die Beziehungen als gegenseitige Rechte und Pflichten definiert.

Rechtsstaat (siehe 2Mose 19-20; 5Mose 5). Dem Volk wird das Gesetz Gottes – gleichsam als Bundesverfassung – vorgelegt. Es entscheidet sich demokratisch, und verbindlich dieses Grundgesetz anzunehmen. Von da an untersteht jede Person des Volkes diesem Recht. Auch Könige und Richter müssen sich daran halten. Die Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung soll sich stets am Inhalt und Geist der Verfassung orientieren. Siehe auch Nr. 7, Nr. 8 und Nr. 45.

33.

«Ist christliche Politik nicht illusorisch?»

In der Welt ist alles seit dem Sündenfall von der Sünde betroffen. Deswegen gibt es nichts Perfektes in dieser Welt. Selbst wiedergeborene Christen sündigen noch und werden ein vollkommenes Leben in Liebe erst nach dem Tod erreichen, wenn sie in ewiger Gemeinschaft mit Jesus Christus leben. Dass man jedoch deswegen der Sünde Vorschub leisten sollte, stellt die Sache auf den Kopf. Der Staat hat die Aufgabe, das Böse einzudämmen (Röm 13,1-7). Dass er das dafür gegebene Gewaltmonopol auch missbrauchen kann, ändert nichts daran, dass er «Diener Gottes» ist, wenn er das Böse bekämpft. Illusorisch wäre eine Welt, die keinen Staat benötigt. Völlig in der Wirklichkeit verwurzelt ist aber der Gedanke, dass der Staat für seine Aufgabe dringend Christen benötigt, die Gut und Böse unterscheiden können.

34.

«Die Bergpredigt lässt sich politisch doch gar nicht umsetzen.»

In der Bergpredigt fordert Jesus seine Jünger dazu auf, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und Salz der Erde zu sein. Direkt nach den Seligpreisungen macht Jesus am Beispiel vom Salz und Licht deutlich, dass Gläubige nicht nur für sich selbst leben und wirken sollen (Mt 5,13-16). Er fordert ausdrücklich zum Handeln für und vor allen Menschen auf: «So soll euer Licht leuchten vor den Menschen, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater, der im Himmel ist, verherrlichen» (Mt 5,16).

Als Beispiel für die politische Praktikierbarkeit der Bergpredigt sei das Beispiel mit der Backe genannt (Mt 5,38-42). Jesus zitiert das so genannte «lex talionis». Das ist ein Rechtsprinzip für den Schadenfall, wonach die Wiedergutmachung dem Schaden entsprechen soll. Das lex talionis bringt 1. sprichwortartig zum Ausdruck, dass jeder Schaden eine gerechte Wiedergutmachung verdient, allerdings zugleich 2. eine beschränkende Funktion hat, denn demnach darf die Wiedergutmachung nie über den Schaden hinausgehen (Verhältnismässigkeits-Grundsatz). Es wurde 3. im Regelfall nicht wörtlich angewandt, so dass also niemand zur Wiedergutmachung sein Auge oder seinen Zahn hat hergeben müssen. In der Regel wurde die Wiedergutmachung in Geld oder Ähnlichem geleistet. Dass «Schaden um Schaden, Auge um Auge, Zahn um Zahn» (3Mose 24,20) nicht wörtlich ausgeführt wurde, zeigt etwa 3Mose 24,17-21. Für getötetes Vieh wird zum Beispiel nicht das Vieh des Schuldigen erschlagen. Vielmehr muss er ein gleichwertiges Vieh oder den Gegenwert «ersetzen».

Die Bergpredigt schafft die rechtsstaatliche Justiz nicht ab, sondern setzt sie voraus.

Diese Art der staatlichen Rache ist im Neuen Testament nirgends aufgehoben. Bei Uneinigkeit über die Höhe der Wiedergutmachung ist und bleibt es der Staatsgewalt vorbehalten endgültig zu entscheiden. In Röm 13,4 ist die Obrigkeit weiterhin «Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der Böses tut», und das, obwohl Paulus wenige Verse später über das Liebesgebot spricht (Röm 13,8-10). Diese Pflicht des Staates tastet Jesus in der Bergpredigt gar nicht an, sondern setzt sie mit der Erwähnung des Gerichtes (Mt 5,40) ebenso wie schon in Mt 5,25 («Richter», «Gerichtsdienere», «Gefängnis») voraus.

Die Aussage in Mt 5,39 «Widersteht nicht dem Bösen» heisst nicht, dass wir dem Bösen nicht wehren und ethisch gleichgültig sein sollen. Es ist das Böse gemeint,

das in Mt 5,39-41 näher beschrieben wird, also der juristische Gegner und der Gegenstand des Streites: Beleidigung (Schlagen mit dem Handrücken der linken Hand auf die rechte Backe), falsche Forderungen und Zwang. Ein Christ ist um des Friedens willen nicht nur in der Lage, auf sein Recht zu verzichten, sondern sogar das unrechtmässig von ihm Geforderte in noch grösserem Umfang als gefordert zuzulassen.

Aber der Aufruf zu Friedfertigkeit und Versöhnung ersetzt in der Bergpredigt die staatliche Gewalt, die Recht ohne Ansehen der Person sprechen muss, keineswegs. Auf dem Weg zum Richter soll eine Versöhnung stattfinden (Mt 5,25). Ähnlich heisst es in Spr 17,14: «bevor also der Rechtsstreit losbricht, lass ab» und in Spr 25,8: «Laufe nicht zu schnell zum Gericht, denn was willst du am Ende machen, wenn dich dein Nächster beschämt?» Dies wird auch aus der Parallele in Lk 12,57f. deutlich: «Denn wenn du mit deinem Gegner vor die Obrigkeit gehst, so gib dir auf dem Weg Mühe, die Sache mit ihm in Ordnung zu bringen. Wenn du erst einmal vor Gericht stehst, wird dich der Richter dem Gefängniswärter übergeben, und der bringt dich ins Gefängnis. ... bis du auch den letzten Heller bezahlt hast.»

Kurz zusammengefasst heisst das: Der Versuch der Schlichtung, Mediation, ja Versöhnung, ist biblisch und sollte für Christen immer vor dem Vorgehen mit rechtsstaatlichen Mitteln stehen. Dabei sollte die persönliche Bereitschaft, den Kürzeren zu ziehen, immer vorhanden sein. Auch gebietet die Vernunft, sich darüber im Klaren zu sein, dass Mittel des Rechts sehr oft, aber nicht immer zur gewünschten Klärung führen können. Alle diese Mahnungen zur Mässigung heben aber die Notwendigkeit des Rechts und des rechtmässigen Vorgehens nicht auf. Es geht hier nicht um einen Gegensatz, sondern um eine gegenseitige Ergänzung. Siehe auch Nr. 8.

Jesus stellt klar, dass ohne die Gebote Gottes eine Gesellschaft kalt und lieblos wird. Feindschaft gegen die Gebote Gottes ist zugleich auch Feindschaft gegen die Liebe, denn Jesus sagt: «Wenn die Gesetzlosigkeit überhand nimmt, wird die Liebe in vielen erkalten» (Mt 24,12). Es gibt kaum einen anderen Bibeltext, der das Kernproblem unserer heutigen Zeit kürzer und präziser einfängt als dieses Jesuswort. ***Wer die Gebote Gottes verwirft, verwirft auch die Liebe.*** Nur eine Rückkehr zu den Ordnungen Gottes kann die Liebe in unsere Familien, unsere Kirchen, unsere Arbeitsbeziehungen, unsere Gesellschaft unsere Politik und unseren Staat zurückbringen. Wer den Nächsten liebt, tut ihm nichts, was den Geboten Gottes widerspricht. Gesetzlosigkeit wird dagegen immer zu Lieblosigkeit führen.

Obwohl seit den 1960er Jahren mehr über Liebe gesprochen wird als je zuvor, sind Verbrechen, Hass und Lieblosigkeit im Kleinen wie im Grossen seitdem ungeheuer angewachsen. Die Gesellschaft weiss nicht mehr, was wahre Liebe ist. Aber wie soll sie es wieder lernen, wenn es ihr die Christen nicht mit Wort und Tat in allen Lebensbereichen vorleben, auch in die Politik?

Liebe ohne Gebote führt zu Manipulation und Machtmissbrauch. Liebe mit Geboten führt zu Freiheit und Menschlichkeit.

Die Bibel ist ein vorzügliches Handbuch für Politiker: «Mit den Heiligen Schriften in der Hand ist der Mensch, der sich Gott zur Verfügung gestellt hat, ausgerüstet für alle Aufgaben seines Dienstes» (2Tim 3,17). Durch die Lektüre der Bibel würden die Politiker daran erinnert, in Verantwortung vor Gott zu politisieren. Ein grosser Teil der Bibel richtet sich ganz direkt an Politiker. So heisst von einem gerechten König: «Joschafat sprach zu den Richtern: Achtet auf das, was ihr tut! Denn ihr haltet nicht im Namen von Menschen Gericht, sondern

35.

«Ist eine *Politik der Nächstenliebe* überhaupt möglich?»

36.

«Die Bibel ist doch kein Handbuch für Politiker.»

im Namen des Herrn, und er ist bei euch, wenn ihr Recht sprecht. Darum lasst die Furcht des Herrn bei euch sein, haltet und tut das Recht, denn bei dem Herrn, unserm Gott, ist kein Unrecht, weder Ansehen der Person noch Annehmen von Geschenken» (2Chr 19,6-7).

Der Richter muss sich im Klaren darüber sein, dass Gott ihn überwacht und auf der Seite des Unschuldigen steht: «Wenn man das Recht eines Mannes vor dem Angesicht des Höchsten beugt, wenn man einen Menschen in seinem Rechtsstreit irreführt, sollte der Herr das nicht sehen?» (Klgl 3,35-36).

Die Bibel ist ein vorzügliches und sehr praktisches Handbuch für Politiker.

Dementsprechend kennt die Bibel viele Anweisungen für ein menschenwürdiges und gerechtes Gerichtsverfahren. Für die Anklage waren zum Beispiel «zwei oder drei Zeugen» (z. B. 5Mose 17,6; 19,15; Mt

18,16; Hebr 10,28; 1Tim 5,19; ähnlich 4Mose 35,30; Joh 8,17) notwendig, damit die Anklage «aus zweier oder dreier Zeuge Mund» (5Mose 17,6) kommt. Abzuweisen sind «gewalttätige Zeugen» (Ps 35,11).

Im Urteil soll «kein Ansehen der Person» (5Mose 1,17; 2Chr 19,7; Spr 18,5; 24,23; Hiob 13,10; Kol 3,25; Eph 6,9) gelten, denn auch Gott selbst kennt kein Ansehen der Person (z. B. 5Mose 10,17-18). Nur böse Richter «sehen die Person an» (Jes 3,9). Das Urteil soll auch «ohne Vorurteil» oder «vorurteilsfrei» (1Tim 5,21) gefällt werden und alles muss man «genau untersuchen» (5Mose 17,4). Es heisst nämlich: «Fällt einen zuverlässigen [oder: vertrauenswürdigen] Rechtsspruch» (Sach 7,9), also einen Rechtsspruch, den andere nachvollziehen können und der nicht bei nächster Gelegenheit widerrufen werden muss.

Deswegen darf es keinen doppelten Rechtsstandard geben, etwa ein Recht für den Adel, eines für die Kleriker und eines für die Bauern. Schon im Alten Testament gilt für Einheimische und Ausländer dasselbe Strafrecht (z. B. 2Mose 12,49). «Ihr sollt im Gericht nicht Unrecht tun. Du sollst die Person des Geringen nicht bevorzugen und die Person des Grossen nicht ehren. Du sollst deinen Nächsten in Gerechtigkeit richten» (3Mose 19,15). Gott verteidigt «den Rechtsanspruch des Geringen» (Spr 29,7), «den Rechtsanspruch aller Schwachen» (Spr 31,8). Deswegen heisst es: «Öffne deinen Mund für den Stummen, für den Rechtsanspruch aller Schwachen! Öffne deinen Mund, richte gerecht und verhilf dem Elenden und Armen zu seinem Recht!» (Spr 31,8-9).

Darum ist von der Bibel her die Gerechtigkeit eines Landes am Schutz der Schwachen zu messen. Nicht wie es dem herrschenden Volk geht, zählt alleine, sondern gerade wie es den kleinen Völkern in seiner Mitte geht. Nicht wie es der herrschenden Kirche geht, zählt alleine, sondern auch wie es kleineren christlichen Religionsgemeinschaften ergeht. Nicht wie es den Reichen geht, die das Geld und die Macht haben, ihr Recht zu verteidigen, zählt allein, sondern auch, wie es den Armen, Witwen und Waisen vor Gericht ergeht.

Soziale Gerechtigkeit misst sich daran, wie es den Schwachen im Land geht.

Die Zehn Gebote galten nie nur als Programm der privaten Lebensgestaltung, sondern immer als Kurzfassung von Gottes Schöpfungs- und Grundordnung für alle Bereiche des Lebens. Die Warnung der Zehn Gebote vor Mord, übler Nachrede, Neid und Lüge sind nicht nur für das private Zusammenleben grundlegend, sondern auch für die ganze Gesellschaft. Die Zehn Gebote sind etwa auch die rechtliche Grundlage für die Bestrafung von Mord, ja, das Verbot der Verleumdung bezieht sich zuallererst einmal auf Gerichtsverhandlungen.

Auch die Pflicht, den Angestellten am Sabbat einen Ruhetag zu gönnen und die Aufforderung, die Eltern zu ehren, damit die Generation lange und gut im Land lebt, atmen das Interesse Gottes an einer gerechten und gesunden Gesellschaft.

Die Bibel ist durchdrungen von Schöpfungsordnungen für das gemeinsame Leben.

Deswegen sind alle Versuche, die Bibel ausschliesslich als Weisung für den Einzelnen zu verstehen, zum Scheitern verurteilt. Die Bibel ist durchdrungen von Schöpfungsordnungen für das gemeinsame Leben der Menschen. Der Versuch, aus der Bibel ausschliesslich die für den Privatbereich gültigen Gebote herauszudestillieren, kommt der Aufhebung des Wortes Gottes gleich. Siehe auch Nr. 8 und 12.

37.

«Politik ist sehr anspruchsvoll und komplex. Christliche Politiker sind nicht kompetent genug.»

Es kommt vor, dass Politiker reden, bevor sie genug gedacht haben, auch christliche. Das lässt sich leicht ändern, wenn wir einander unterstützen. Wenn die vielen Fachleute aller Richtungen, die überzeugte Christen sind, ihren Sachverstand auch für die Politik zur Verfügung stellen, wird es sicher nicht mehr lange so bleiben, dass sich die einzelnen christlichen Politiker mit fast allen Politikbereichen beschäftigen müssen.

Ausserdem haben Politiker, die in Verantwortung vor Gott politisieren, einen Vorteil, den es zu nutzen gilt: «Gott gab Daniel und seinen Freunden Klugheit und Verstand, so dass sie alles begriffen und sich bald in jedem Wissensgebiet auskannten. ... und sooft der König in schwierigen Fragen ihren Rat suchte, merkte er, dass sie zehnmal so viel wussten wie alle Gelehrten und Magier in seinem ganzen Königreich» (Dan 1,17+20).

Gottes Offenbarung will der Ausgangspunkt unseres Denkens sein, aber nicht das Denken und Planen ersetzen. «Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang» (Spr 9,10; ähnlich Spr 1,7), nicht der Weisheit Ende. In der Bibel finden wir deswegen viele Beispiele, wie ethische Entscheidungen aufgrund eines Zusammenspiels verschiedener Quellen der Ethik gefällt wurden: «Pläne ohne Beratung schlagen fehl; durch gute Ratgeber führen sie zum Ziel» (Spr 15,22). Besonders für die Politik legt die Bibel grossen Wert auf breit abgestützte Entscheide, denn das ermöglicht stabile Verhältnisse: «Wo viele Ratgeber sich einig werden, da ist Sicherheit» (Spr 11,14).

Wenn die vielen Fachleute aller Richtungen, die überzeugte Christen sind, ihren Sachverstand auch für die Politik zur Verfügung stellen, müssen sich die einzelnen christlichen Politiker nicht mehr mit fast jedem Politikbereich beschäftigen.

Selbstverständlich sind Staat und Kirche zwei ganz verschiedene Institutionen, mit ihren eigenen Autoritätsbereichen. Man muss deutlich zwischen einer biblisch begründeten Trennung der beiden gesellschaftlichen Institutionen Kirche und Staat und einer Trennung von Religion und Politik unterscheiden. Kirche und Staat haben von Gott zwei unterschiedliche Aufgaben erhalten. Wenn aber die Politik und das Handeln des Staates grundsätzlich nicht mehr von religiösen Grundwerten bestimmt werden dürfte, könnten ja nur überzeugte Atheisten Politiker werden. Die meisten atheistischen Politiker verstecken hinter ihrem Atheismus aber nur ihre wahre Religion wie New Age. Im Übrigen ist der Atheismus selbst eine fundamentalistische Weltanschauung.

38.

«Staat und Kirche gehören getrennt. Religion hat in der Politik nichts zu suchen.»

Die Religion hat sehr wohl einen direkten Zusammenhang mit der Gesellschaft: Die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen, politischen, militärischen Verhältnisse einer Nation stehen – mit etwas zeitlicher Verzögerung – immer in einem direkten Zusammenhang mit der vorherrschend gelebten Lebensphilosophie oder Weltanschauung. Dies ist insbesondere in einer direkten Demokratie wie der Schweiz der Fall.

Die politischen Verhältnisse einer Nation stehen im direkten Zusammenhang mit der gelebten Weltanschauung von Volk und Politikern.

Die Trennung von Kirche und Staat ist nicht antichristlich, sondern von Christen erfunden und umgesetzt worden. Trotz aller Verirrungen in früheren Jahrhunderten gab es keine andere Religion, in der die Trennung von Kirche und Staat von Anfang an so angelegt war wie im Christentum.

Während in anderen Völkern selbstverständlich der Herrscher auch die Funktion des obersten Priesters oder Gottes innehatte, kennen das Alte wie Neue Testament weder einen König, der zugleich oberster Priester ist, noch einen obersten Priester, der zugleich die Politik bestimmt.

Der bedeutende Historiker Eugen Ewig spricht deswegen sogar von der schon alttestamentlich begründeten «Zweigewaltenlehre des lateinischen Abendlandes» und ein anderer Historiker, Eduard Eichmann, schreibt über die alttestamentliche Gewaltenteilung in Hohepriester und König: «Mit den heiligen Schriften sind diese alttestamentlichen Vorstellungen Gemeingut des christlichen Abendlandes geworden.» Erst wenn der Staat sich gegen die Gebote Gottes wendet, wird aus der Trennung von Kirche und Staat ein Kampf des Staates gegen das Christentum.

Dass Religion in der Politik stets zu Fundamentalismus und Krieg führt, ist historisch Unsinn. Zum einen haben atheistische Staaten seit der französischen Revolution unsägliches Leid über die Menschen gebracht. Man denke nur an Nationalsozialismus und Kommunismus. Zum anderen hat es immer religiös bestimmte Staaten gegeben, die Frieden gehalten haben. Zum andern darf nicht vorschnell vom Islam auf andere Religionen geschlossen werden.

Alle Kriege sind grundsätzlich durch irgendwelche Religionen oder Ideologien verursacht. Vielleicht ein Grund mehr, sich persönlich auch als Christ für Friede und Gerechtigkeit einzusetzen, bevor es zu spät ist.

Fundamentalismus ist nicht automatisch negativ – es kommt auf das Fundament an, auf das er sich bezieht. Religion – auch die christliche – wurde im Laufe der Geschichte immer wieder als Mittel zur Bevormundung und Unterdrückung von Menschen missbraucht. Das ist aber nicht in erster Linie der Fehler des Christentums, sondern jener der Menschen.

Christliche Moralvorstellungen gehören sowohl in die Familie wie auch in die Politik. Gottes Schöpfungsordnungen gelten für die ganze Schöpfung, nicht für abgezielte Bereiche. Im Übrigen verbringen wir Christen den grössten Teil unseres Tages nicht in Familie oder Gemeinde, sondern in Beruf und Gesellschaft. Selbst wenn wir wie Daniel unseren persönlichen Glauben nur in unserem Kämmerlein leben, hat er grosse ethische und politische Auswirkungen!

Das Schicksal der Gesellschaft ist auch das Schicksal der Christen. So fordert Gott die Israeliten im heidnischen Babylon auf, Babylon Gutes zu tun, weil das

39.

«Wo immer Religion und Politik vermischt werden, entsteht Fundamentalismus und Krieg.»

40.

«Christliche Moralvorstellungen gehören nicht in die Politik, sondern in die christliche Gemeinde und Familie.»

Schicksal Babylons das Schicksal des Volkes Gottes ist: «Suchet der Stadt Bestes, in die ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn. Denn wenn es ihr wohl geht, wird es auch euch wohl gehen» (Jer 29,7). Christen beten zu Gott und dann stehen sie selbst auch auf und tun etwas dafür. «Steh auf, Gott, verschaffe dem Land Recht! Denn dir gehören alle Völker» (siehe Psalm 82).

Und im Neuen Testament fordert Paulus die Gemeinde zum Gebet für die Regierung auf, «damit wir ein ruhiges und friedliches Leben führen können in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit» (1Tim 2,1-3), denn die Politik des Staates und das Verhältnis der Gesellschaft bestimmten auch das Leben der Gemeinde.

41.

«Mit christlichen Moralvorstellungen kann man die komplexen Sachfragen der heutigen Politik nicht lösen.»

Mit einer Politik aufgrund des biblisch-christlichen Welt- und Menschenbildes liessen sich zahlreiche grundlegende Probleme der Menschheit lösen. Denn sie sind die logische Konsequenz unserer Missachtung der Gebote Gottes. Solange wir Gott aus der Politik verdrängen, müssen wir uns nicht wundern, wenn Gott-lose «Lösungen» bloss zu neuen Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten führen. Hätten nicht gerade Christen die Aufgabe, Gottes Ordnungen in der Politik bekannt zu machen, statt in politischer Abstinenz und Inkompetenz zu verharren?

Der Staat braucht eine ganz grundsätzliche ethische Fundierung, die auch beinhaltet, dass es seine Hauptaufgabe ist, menschliches Leben zu schützen. Ist diese Wertegrundlage des Staates aber klar, wird der Staat die Strassenverkehrsordnung und andere Gesetze weitgehend aus der Natur der Dinge ableiten – etwa bei

welcher Geschwindigkeit normalerweise was passiert – oder viele weitere Faktoren einbeziehen, nicht aber die göttliche Offenbarung oder christliche Lehrbücher. Die Strassenverkehrsordnung ist deswegen einerseits in den grundsätzlichen Werten der Menschen verankert und zugleich in ihrer konkreten Ausführung mit zahllosen technischen und sich ständig ändernden Details verbunden. Die Strassenverkehrsordnung ist untauglich, wenn sie nicht in der grundsätzlichen Werteordnung verankert ist. Sie ist aber ebenso untauglich, wenn sie nicht aus einer ständig andauernden Beratung hervorgeht, wie diese Werte hier und jetzt konkret am besten zu schützen sind.

Die konkrete Gesetzgebung ergibt sich aus der Wertegrundlage des Staates und unter Berücksichtigung der Natur der Dinge.

Die Bibel kann einen Sachverhalt oft in knappen Worten auf den Punkt bringen. Wie wäre es mit folgendem Beispiel? «Wenn ein König das Recht beachtet, lebt sein Volk in Glück und Sicherheit; aber einer, der immer neue Steuern erfindet, richtet es zugrunde» (Spr 29,4). Andererseits ist eine hochkomplexe Antwort noch keine Gewähr für deren Richtigkeit.

Ausgehend von einer biblisch-christlichen Weltanschauung können sehr wohl Lösungen erarbeitet werden, die dem Wohl unserer Mitmenschen dienen, falls sie angewendet werden.

Ausserdem gilt Gottes Zusage: «Wenn aber einer von euch nicht weiss, was er in einem bestimmten Fall tun muss, soll er Gott um Weisheit bitten. Gott wird sie ihm geben, denn er gibt gern und teilt allen grosszügig aus» (Jak 1,5).

42.

«Christliche Politik reduziert hochkomplexe politische Sachthemen auf ein paar Bibelverse.»

43.

«Christliche Politik ist ein aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen. Die Moralvorstellungen christlicher Politik sind heute nicht mehr mehrheitsfähig.»

Dass christliche Politik manchmal unterliegt, war noch nie ein Grund mit dem aufzuhören, was man als richtig erkannt hat. Christen sind keine Deserteure, welche die Flinte ins Korn werfen, wenn der Kampf heiss wird oder wenn eine Schlacht verloren wurde. Wir gehen davon aus, dass die biblischen Schöpfungsordnungen durchaus auch heute und morgen mehrheitsfähig sind. Denn sie sind die Ordnungen eines liebenden Schöpfers für seine Schöpfung und als solche in der Erfahrung dieser Welt verankert. Darum kommen auch nicht-christliche Soziologen, Philosophen, Politiker, Juristen, Ökonomen oder Historiker aufgrund ihrer Forschungen immer wieder zu Ergebnissen, die sich mit den biblischen Aussagen und Normen decken.

Christen sind keine Deserteure, welche die Flinte ins Korn werfen, wenn der Kampf heiss wird oder wenn eine Schlacht verloren wurde.

Christliche Politik ist kein Sonntags-spaziergang, sondern Arbeit mit dem göttlichen Versprechen auf Erfolg: «Wer arbeitet, hat ein Anrecht auf seinen Lohn.» ... «Was ein Mensch sät, das wird er auch ernten. ... Wir wollen nicht müde werden, zu tun, was gut und recht ist. Wenn die Zeit da ist, werden wir auch die Ernte einbringen; wir dürfen nur jetzt nicht aufgeben.»

«Setzt euch für den Herrn ganz ein; denn ihr wisst, nichts ist vergeblich, was ihr für ihn tut.» (1Tim 5,18; Gal 5, 7+9; 1Kor 15,58)

Warum sollte es nicht möglich sein, zum Beispiel der biblischen Lehre, dass Behinderte zu schützen sind, eine Mehrheit zu verschaffen? Heute bestimmt die christliche Sicht, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und über gleiche Menschenrechte verfügen, die Politik weltweit, obwohl weder Islam und Hinduismus, noch Sozialismus und Atheismus eine Begründung dafür haben.

Dass es Zeiten gab, in denen bestimmte christliche Werte über grössere Mehrheiten verfügten, dann nur,

weil sich frühere Generationen von Christen mehr in der Gesellschaft engagiert haben und mehr Menschen von der Wahrheit christlicher Ordnungen überzeugen konnten. Frühere Generationen waren den christlichen Werten nicht darum geneigter, weil man früher frömmere war, sondern weil Christen früherer Generationen politisch für biblische Werte gekämpft haben.

Andererseits gilt: Wenn Konsens allein zählen würde, hätte man den Nationalsozialismus zumindest solange akzeptieren müssen, als er sich auf die begeisternde Zustimmung grosser Teile der Bevölkerung stützen konnte. Es war jedoch gerade die Lehre aus dem Nationalsozialismus, dass es über dem Staat unantastbare Werte geben muss. Deswegen schuf die UNO die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», deswegen schrieben die Väter und Mütter des deutschen Grundgesetzes einige die Würde des Menschen betreffenden Grundrechte und Grundregeln für immer und unabänderbar fest. Die Menschenwürde und die sich daraus ergebenden Menschenrechte werden nicht vom Staat geschaffen oder verliehen, sondern sind dem Staat vorgegeben, da der Mensch Geschöpf Gottes ist. Diese dem Menschen bewusste unantastbare Ordnung steht über aller Macht und allen Mehrheitsverhältnissen.

Schliesslich sei noch hinzugefügt: Die Weltgeschichte ist noch nie von der Mehrheit gemacht worden, sondern immer von überzeugten Minderheiten! Es gibt keine Mehrheit für die Ehe von Homosexuellen, aber eine kleine, zu allem entschlossene Minderheit, die nicht eher ruhen wird, als bis die Mehrheit zur schweigenden Mehrheit geworden ist. Die Menschenrechte wurden weltweit nie von der Mehrheit gefordert, sondern anfänglich von einsamen Rufnern in der Wüste.

Frühere Generationen waren den christlichen Werten nicht darum geneigter, weil man früher frömmere war, sondern weil Christen früherer Generationen in der Politik für biblische Werte gekämpft haben.

44.

«Hat der Satz in der Präambel der Bundesverfassung ‹Im Namen Gottes des Allmächtigen!› überhaupt eine praktische Bedeutung?»

Sicher hat der Gottesbezug in der Präambel der schweizerischen Bundesverfassung eine weitreichende praktische Bedeutung. Gott, der Allmächtige, ist der Garant für Recht und Ordnung, für Segen und Wohlergehen. An ihm vorbei kann keine segensreiche Politik gemacht werden; mit ihm aber kann sie nur gelingen. Die Bundesverfassungen von 1848, 1874 und 1999 beginnen mit ‹Im Namen Gottes des Allmächtigen!›

Der Sinn dieser Präambel ist es, den staatlichen Machtanspruch zu relativieren und dem Grundgesetz eine eindeutige Orientierung zu geben. Der Staat soll im Sinne von Röm 13,4 Gottes Diener zum Wohl der Menschen sein, indem er seine Gesetzgebung und Rechtsprechung an Gott dem Allmächtigen orientiert. Diese Grundorientierung ist die beste Vorkehrung gegen Allmachtsgelüste des Staates oder des Volkes. Sie schützt Staat und Volk gleichermassen.

Die Präambel ist Orientierung für Gesetzgeber und Rechtsprechung. Sie schützt Staat und Volk gleichermassen.

Auf dieser Grundlage lassen sich die wichtigsten Kriterien für einen demokratischen Rechtsstaat mit sozialer Gerechtigkeit herleiten. Dazu gehört zum Beispiel auch die Menschenwürde (Art. 7 BV) die dem Grundrechtskatalog in der Bundesverfassung vorangestellt ist. Dieser basiert direkt auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Ernst genommen, hat dies höchst praktische Auswirkungen. Siehe auch Nr. 43 und Nr. 45.

Es ist bedauerlich, dass es vielerorts an Christen fehlt, welche die Werte der Verfassungs-Präambel in der Politik umsetzen würden, oder darüber wachen, dass im Geist dieser Präambel politisiert wird.

Die grundlegenden Werte einer Gesellschaft müssen einerseits unantastbar ausser- und oberhalb ihrer selbst stehen, müssen aber gleichzeitig auf den Konsens eines Grossteils der Bevölkerung treffen. Andernfalls sind sie eben nur auf dem Wege einer umfassenden Diktatur durchzusetzen. Diesen Wertekonsens können Christen nur durch Überzeugungsarbeit von Mann zu Mann und von Frau zu Frau leisten.

Das alt- und neutestamentliche Moralgesetz gilt selbstverständlich für Christen und Nichtchristen. Es spiegelt die unveränderliche Heiligkeit und Gerechtigkeit Gottes wider und gilt für alle Menschen aller Zeiten. Gott kennt keine Doppelmoral: Vor seinem Gesetz sind alle Menschen gleich. Im Jüngsten Gericht wird es der Massstab für die Beurteilung über alle Menschen und Völker sein. «Nimm Gott ernst und befolge seine Gebote! Das gilt für jeden Menschen. Denn Gott wird Gericht halten über alles, was wir tun – sei es gut oder böse –, auch wenn es jetzt noch verborgen ist» (Pred 12,13+14). In der Kirchengeschichte war der politische Gebrauch des biblischen Moralgesetzes nie umstritten.

Keine Gesellschaft kann auf Dauer völlig andere Werte und Rechte in ihrer Verfassung und ihrem Recht festschreiben, als sie praktiziert, und von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung zumindest theoretisch akzeptiert werden. In Indien wurde das Kastenwesen nach dem Zweiten Weltkrieg laut Verfassung abgeschafft, aber bis heute bestimmt es trotz aller Fortschritte das indische Leben, weil noch zu viele Inder dank ihrer Religion an die Kasten glauben.

Nun hat aber der Staat nach dem Neuen Testament (Röm 13,1-7) – und ebenso aller bedeutenden Rechtsdenker – das Gewaltmonopol inne und hat als einzige Institution das Recht, seine Vorstellungen auch mit Gewalt durchzusetzen. Deswegen wird der Staat seinem Wesen nach den Bürgern immer seine Vorstellung von

45.

«Christliche Moralvorstellungen sind nur etwas für solche, die daran glauben. Christen sollten nicht versuchen, den anderen ihre Moralvorstellungen aufzuzwingen.»

Gerechtigkeit «aufzwingen». Dazu gibt es die staatlichen Gerichte in der Bibel und heute, um Gerechtigkeit durchzusetzen. Es geht hier nicht darum, ob Christen das tun wollen oder nicht – dazu müssten sie das gottgewollte Wesen des Staates ändern – sondern nur darum, was wirklich Gerechtigkeit ist. Wenn Christen hier etwas zum Guten beizutragen haben, sind sie an der richtigen Stelle. Verweigern sie sich, dürfen sie sich nicht wundern, wenn morgen die Nichtchristen ihnen *ihre Moralvorstellungen aufzwingen*. Beispiele gäbe es genug.

Was anders sind Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als grosse Räuberbanden?

Es ist eine Errungenschaft der Moderne, die zugleich zutiefst christlich und biblisch ist, dass auch die mächtigsten Menschen der Gerechtigkeit und dem Gesetz unterstehen. Die Zeiten, wo ein König sagte «Das Gesetz bin ich!», sind zum Glück unwiderruflich vorbei. Auch die höchsten Amtsträger des Staates, ja der Staat selbst, haben sich an die für alle geltenden Gesetze zu halten und können deswegen be- und verurteilt werden (Stichwort: Staatshaftung, Art. 146 BV).

Gerade Christen haben in dieser Frage einen wichtigen Beitrag zu leisten. Ohne Gerechtigkeit wird Macht zur Willkür. «Gerechtigkeit erhöht eine Nation, aber das Unrecht ist das Verderben der Völker» (Spr 14,34). Der Kirchenvater Aurelius Augustinus hat das treffend so formuliert: «Was anders sind also Reiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als grosse Räuberbanden? Sind doch auch Räuberbanden nichts anders als kleine Reiche.» Siehe auch Nr. 8, Nr. 9 und Nr. 32.

Aus biblischer Sicht bedeutet Sünde: dem Nächsten Unrecht tun. Das Gefüge der gegenseitigen Rechte und Pflichten wird verletzt. Wenn dem Nächsten Unrecht geschieht, ist das keine private Angelegenheit, sondern eine öffentliche und gehört darum in den Bereich der Politik. Sünde ist Abweichung von der Gerechtigkeit, von dem Ziel einer guten, menschenwürdigen Gemeinschaft. Darum muss Sünde beim Namen genannt werden. Christliche Politiker nehmen klar und deutlich gegen jedes Unrecht Stellung. Deswegen heisst es: «Öffne deinen Mund für die Leute, die sich selbst nicht verteidigen können! Schütze das Recht der Hilflosen! Sprich für die Armen und Schwachen, nimm sie in Schutz und verhilf ihnen zu ihrem Recht!» (Spr 31,8-9).

Die Frage nach dem Massstab für Recht und Unrecht ist die Frage nach der Glaubensüberzeugung. Jeder Politiker hat eine Glaubensüberzeugung. Er orientiert sich an einer Weltanschauung, einer Ideologie mit religiöser Funktion. Sie ist sein Werte-Koordinaten-System, mit dem er andere Wertvorstellungen beurteilt. Der christliche Politiker orientiert sich an der biblisch-christlichen Weltanschauung.

Weiter bedeutet Sünde, dass der Menschen in eine verkehrte Richtung geht, nämlich von Gott weg – in die Gottlosigkeit. Diese verkehrte Richtung ist die Ursache für alles Verkehrte in seinem Leben und für alles Unrecht in der Welt. Darum ruft die Kirche den Menschen zurück in die Gemeinschaft mit Gott. Und darum setzen sich christliche Politiker für gerechte und menschenfreundliche Gesetze und Strukturen ein.

46.

«Christliche Politiker moralisieren mit dem Sündenbegriff. Die Frage nach Sünde hat mit der persönlichen Glaubensüberzeugung zu tun. Ob etwas Sünde ist oder nicht, hat darum in den politischen Debatten nichts zu suchen.»

Aus biblischer Sicht bedeutet Sünde: dem Nächsten Unrecht tun. Christliche Politiker nennen Sünde beim Namen. Sie nehmen klar Stellung gegen jedes Unrecht.

47.

«Muss ich – um politisch aktiv zu sein – einer Partei beitreten?»

Nein, das ist nicht zwingend. Es gibt viele Möglichkeiten, sich für und in Gesellschaft, Politik und Staat zu engagieren. Christliche Wissenschaftler erstellen Gutachten für den Staat, christliche Banker beeinflussen die Wirtschaftspolitik, christlichen Journalisten kommentieren das politische Geschehen und jeder, der für den Staat als Beamter, Lehrer usw. arbeitet, ist auch an Politik beteiligt.

Aber in den westlichen Demokratien sind es – ob man das gut findet oder nicht – die Parteien, die die Richtlinien der Politik erarbeiten und die bei den Wahlen die Mitglieder der Parlamente stellen. Auch für den Gedankenaustausch und den Zugang zu Informationen ist Parteimitgliedschaft von Vorteil. Wer also die Richtung der Politik mitbestimmen will, engagiert sich mit Vorteil in einer Partei.

48.

«Wie kann man das Thema *«Christ und Politik»* in der Gemeinde diskutieren?»

Das Thema «Christ und Politik» kann man in der Gemeinde gut diskutieren, indem man es erstens nicht meidet, wenn Bibeltexe für Predigt oder Hauskreis auf die Thematik Bezug nehmen.

Zum Zweiten, indem man im politischen Bereich engagierte Christen (z.B. Beamte, Lehrer, Politiker) Zeugnis geben lässt und auch sonst mal zu Wort bittet.

Zum Dritten, indem man klar zwischen dem unterscheidet, was Gott in seinem Wort für alle Zeiten, alle Kulturen und alle Staaten offenbart hat, und dem, was wir hier und heute an menschlichen Überlegungen anstellen, Dinge zu verändern. Im Ersten sollten wir Einigkeit anstreben, im Letzten werden wir nur durch Be-

ratung vieler unterschiedlich denkender Menschen zum Ziel kommen: «Wo viele Rat wissen, da ist Erfolg» (Spr 15,22).

Wichtig und hilfreich sind auch übergemeindliche politische Plattformen. An Pro-und-Kontra-Gesprächen können aktuelle politische Fragen, Abstimmungsvorlagen oder Wahlen aus christlicher Sicht diskutiert werden. Solche Veranstaltungen fördern die politische Wahrnehmung und Reife der Gemeindeglieder.

Christliche Gemeinden haben explizit einen politischen Auftrag: Das Gebet für die politische Obrigkeit, den Staat (1Tim 2,1-4). Niemand anders als die christliche Gemeinde kann den Segen Gottes für Politiker erbeten. Gott will, dass die Politik eines Landes so ist, dass die Bürger in Ehrfurcht vor ihm ein vorbildliches Leben führen können und sich das Evangelium ungehindert ausbreiten kann. Denn er will, dass alle Menschen gerettet werden und seine Wahrheit kennen lernen. Dass die Verantwortlichen in den Parlamenten, in den Regierungen und Verwaltungen dazu Gottes Weisheit und Segen benötigen, dürfte unbestritten sein. Siehe auch Nr. 13 und 51.

Der Staat braucht aber noch mehr: Gottesfürchtige Menschen, Mitarbeiter, Vorbilder. Was von der Gemeinde ausgesandte Missionare in anderen Ländern tun, nämlich sich für Gerechtigkeit und gegen Korruption und Unterdrückung einsetzen, können sich christliche Gemeinden auch für ihr eigenes Land vornehmen. Jede Gemeinde sollte ein bis zwei Personen in die Politik aussenden und für diese Leute regelmässig beten und sie berichten lassen.

49.

*«Haben christliche
Gemeinden einen
politischen
Auftrag?»*

Jede Gemeinde sollte ein bis zwei Personen in die Politik aussenden und für diese Leute regelmässig beten und sie berichten lassen.

Die kritisch-konstruktive politische Mitarbeit zum Wohl des Landes kommt nicht zuletzt auch diesen Gemeinden selbst zugut. «Bemüht euch um das Wohl der Stadt ... und betet für sie. Wenn es ihr gut geht, wird es auch euch gut gehen» (Jer 29,7). Als christliche Gemeinschaft sind wir nicht einfach egoistische Trittbrettfahrer, sondern helfen engagiert mit.

50.

«Kann Fürbitte politische Entwicklungen konkret beeinflussen bzw. ändern?»

Ganz gewiss beeinflusst die gläubige und anhaltende Fürbitte politische Veränderungen. Das Gebet für die Mächtigen und den Staat ist ein neutestamentliches Gebot und Gott lässt uns nicht nutzlos für die Regierenden beten. Er will unsere Gebete um gottesfürchtige Politiker und Beamte und um sichere und gerechte Lebensbedingungen erhören und Veränderungen bewirken! Sodann haben wir die Verheissung: «Wenn mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demütigt und betet und mein Angesicht sucht und von seinen bösen Wegen umkehrt, dann werde ich vom Himmel her hören und ihre Sünden vergeben und ihr Land heilen» (2Chr 7,14).

Müssen wir nicht davon ausgehen, dass Daniels segensvolles Wirken in Babylon auch etwas mit seinem Gebet und dem Gebet vieler Juden zu tun hatte?

Jesus lehrt uns zu beten: «Unser Vater im Himmel! Mach deinen Namen gross in der Welt. Komm und richte deine Herrschaft auf. Verschaffe deinem Willen

Geltung, auf der Erde genauso wie im Himmel» (Mt 6,9+10). Dieses Gebet ruft Gott auf den Plan, um hier bei uns auf der Erde seinem Willen Geltung zu verschaffen. Wie erhört er dieses Gebet? Zum Beispiel indem er seine Jünger bevollmächtigt und sie schickt, seinem Willen in den politischen Verhältnissen Nachachtung zu verschaffen.

Das eindringliche Gebet Abrahams für Sodom und Gomorra (1Mose 18,16-33) macht eindrücklich deutlich, was es selbst für eine gottlose Gesellschaft bedeutet, gottesfürchtige Menschen in ihrer Mitte zu haben. Gott wäre bereit gewesen, Sodom und Gomorra zu verschonen, wenn «zehn Gerechte» (1Mose 18,32+25) in ihnen gefunden worden wären.

Deswegen ist es das Schlimmste, wenn Gott vergeblich nach Gläubigen sucht, die bereit sind, in die Bresche zu springen und Fürbitte zu tun: «Ich suchte unter ihnen jemanden, der eine Mauer ziehen und vor mir für das Land in die Bresche treten würde, damit ich es nicht vernichten müsste, aber ich fand niemanden» (Hes 22,30). Darum darf das Gebet für die Politik in keiner Gemeinde fehlen. Siehe auch Nr. 13 und Nr. 50.

Das Gebet für die Politik darf in keiner Gemeinde fehlen.

Autoren



Stéphane Derron, lic. rel. int., ist verheiratet und hat eine Tochter. Seit 2004 arbeitet er zu 50 Prozent als Politologe bei der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) der Schweiz.



Prof. Dr. theol. Dr. phil. DD Thomas Schirmacher, Rektor des Martin Bucer Seminars, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er lehrt Ethik und Religionswissenschaft und ist Autor und Herausgeber von 78 Büchern. Er ist Geschäftsführer der Kommission für Religionsfreiheit der Deutschen und der Weltweiten Evangelischen Allianz und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Lebens- und Familienwissenschaften.



Daniel Suter, Theologe MTh, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er war Jugendprediger und Missionar unter Muslimen. Seit 2000 ist er Parteisekretär der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich.



Nationalrat Markus Wäfler, Agro-Techniker, ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Er war von 2000 bis 2003 Zürcher Verfassungsrat und ist seit 2003 Nationalrat der EDU Kanton Zürich.

Politischer Arbeitskreis der Deutschen Evangelischen Allianz

Der Hauptvorstand hat die Einsetzung eines Politischen Arbeitskreises beschlossen. Er soll seine Arbeit im Rahmen der Geschäftsordnung der Deutschen Evangelischen Allianz bewerkstelligen.

1. Themen des Arbeitskreises, die in besonderer Weise im Blickfeld sein müssten, sind die in der Erklärung „Gebt der Demokratie was der Demokratie zusteht“ benannten:

- Würde des Menschen
- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Schutz für ungeborene Menschen und für Alte, Behinderte und Kranke
- Förderung von Ehe und Familie
- Verantwortung für das Leben künftiger Generationen
- Fragen medizinischer Ethik, wie z.B. Stammzellenforschung, künstliche Befruchtung, pränatale Diagnostik, Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe und Umgang mit Drogen
- Frieden, Entwicklungshilfe und soziale Gerechtigkeit
- Arbeitsmarkt und Alterssicherung
- Schutz der Umwelt
- Wahrheit und Treue in öffentlicher Verantwortung

2. Arbeitsauftrag: Weil es darum gehen muss, den gesellschaftlichen Auftrag ernst zu nehmen, bedarf es eines größeren zeitlichen und sachlichen Engagements mit der Zielrichtung, in den uns betreffenden Bereichen

- das Bewusstsein für die gesellschaftliche Verantwortung der Christen zu wecken und zu stärken
- dazu Hilfestellungen und Handreichungen zu erarbeiten
- die politische Entwicklung zu beobachten
- die Arbeit des Beauftragen beim Deutschen Bundestag zu begleiten
- Suche nach Möglichkeiten für eine Vollzeitbeauftragung beim Deutschen Bundestag – personell und finanziell
- Gespräche auf informeller Ebene zu führen
- rechtzeitig für kompetente an Sachfragen arbeitende Persönlichkeiten mit Bitte um Äußerungen heranzutreten
- formelle Gespräche mit Einzelpolitikern und politischen Gremien vorzubereiten
- die europäischen und weltweiten Bemühungen der Evangelischen Allianz zu leiten, zu unterstützen, zuzuarbeiten etc.

